



- » Schwerpunkt: Sport, Stadtentwicklung, Integration
- » Europawahl und Volksentscheid – eine Bilanz
- » Schwieriges Gedenken an den Mauerfall
- » Grüne PolizistInnen
- » Grüne UnternehmerInnen

## Inhalt

Editorial	3
Sportstadt Berlin	4
Kein Olympia ohne Bürgerbeteiligung!	6
Sport & Integration	8
Bäderbetriebe im Umbruch	9
Europawahl und Volksentscheid: Zwei Abstimmungen, die zu denken geben	10
Volksentscheid Flughafen Tempelhof: Mehr als nur ein „Nein“ zum Masterplan	12
Nur mit einem Fahrradnetz führt der Weg zur Fahrradstadt Berlin	13
Wohnungspolitik in der Stagflation	14
Campus für Demokratie	16
Ortstermin an der Bernauer Straße	18
Ein falsches Symbol am falschen Ort	19
Grüne PolizistInnen: Ein Weg aus der Rolle der doppelten Exoten	20
Grüne Wirtschaftspolitik – mehr als Photovoltaik und Windkraft	22
Lobby-Arbeit für nachhaltige und soziale Unternehmenskultur	23
Ein Ombudsmann für Hartz IV-Fälle	24
Zur Diskussion um den Genderstar	25
Ein Akt der Balance	26
Kulturförderung neu denken	27
<u>Aus den Kreisverbänden und AGs</u>	
Lebensraum bedrohter Tiere erhalten	28
Einen Monat abgasfreier Kiez	28
Schwerpunkt Bildung, Wissenschaft und Technologie	29
Fahrräder waschen für Europa	29
Blumen gegen rechts	30
Solarer Sonnabend an der Bucht	30
<u>Aus der Fraktion</u>	
Schneller, sozialer und renditefrei!	30
Die Infrastruktur zerbrösel	31
Alex ohne Vision	32
Lasst der Gasag das Gasnetz!	33
Für gentechnikfreie Nahrung	33
Ansprechpartner, Glossar, Termine	34

### IMPRESSUM

2/2014, 36. Jahrgang Nr. 190

**Herausgeber** Bündnis 90/Die Grünen Berlin

**Redaktionsanschrift** Tel: + 49 30 61 50 05-0 (LGS),

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

**Erscheinungsdatum** Juli 2014

**Auflage** 5 000

**Redaktion** Matthias Tang (V.i.S.d.P.),

Detlef Fritz, Christian Kölling

**Layout** Kalle Erlacher

**Druck** Oktoberdruck (100 % Recyclingpapier)

**Redaktionsschluss** 20. Juni 2014

**Leserbriefe** bitte per Email senden an:

[stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de)

Die einzelnen Beiträge der AutorInnen geben die Meinung der jeweiligen VerfasserInnen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.



## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Fußball-WM hat die Diskussion um olympische Spiele in Berlin angefacht – Anlass für uns, nach den Bedingungen zu fragen, die eine solche Bewerbung aus grüner Sicht erfüllen muss. Die Beteiligung der Berlinerinnen und Berliner steht dabei ganz oben auf der Agenda. Darüber hinaus werfen wir einen Blick auf die „Sportstadt Berlin“.

„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“, sagte Wilhelm von Humboldt. In diesem Jahr jährt sich der Fall der Mauer zum 25. Mal. Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, hat für die stachligen grünen Argumente seine Vorstellung von einem „Campus der Demokratie“ beschrieben und wie dort die Erinnerung an die Diktatur, aber auch an ihre Überwindung, lebendig gehalten werden soll. Nachzulesen ab Seite 16.

Was noch? Wir stellen den Verein „Polizei-Grün“ vor und fragen nach dem Verhältnis von grüner Politik und Wirtschaft. Ihr seht: in dieser Ausgabe versuchen wir, einen Blick über den grünen Tellerrand zu werfen.

Aber wir beschäftigen uns auch mit den Konsequenzen, die wir Grüne in Berlin aus den Europawahlen ziehen sollten. Die Landesvorsitzenden Bettina Jarrasch und Daniel Wesener werfen einen Blick zurück nach vorn. Und der Ausgang des Volksentscheids Tempelhofer Feld ist ebenfalls Thema in dieser Ausgabe, genauso wie der Dauerbrenner „Mieten und Wohnen“ sowie viele andere spannende Themen. Lasst Euch überraschen. Wir freuen uns wie immer über Eure Kritik und Anregungen. ([stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de))

Matthias Tang, Detlef Fritz

P.S.: Euch wird vielleicht auffallen, dass das Layout der stachligen grünen Argumente ein neues ist. Wir hoffen, es gefällt Euch!

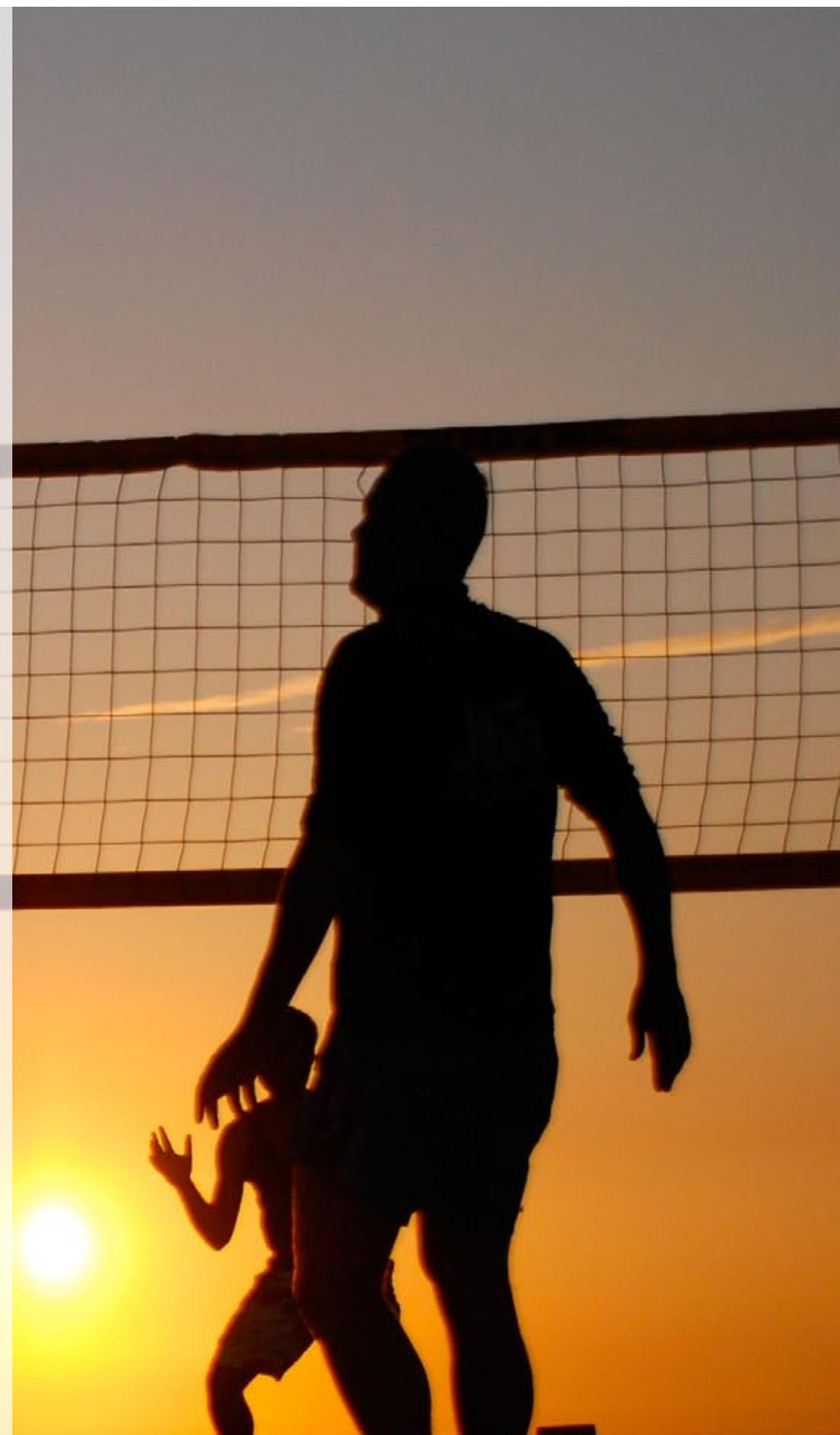


## Sportstadt Berlin

Nach der Statistik sind die BerlinerInnen überaus sportlich. Die über 2 000 Vereine des Landessportbundes zählen insgesamt rund 600 000 Mitglieder. Beliebteste Sportart: Fußball. 130 000 Organisierte kicken in den 320 Vereinen des Berliner Fußballverbandes. Der Turn- und Freizeitsportbund bringt es mit seinen Vereinen auf 90 000 Mitglieder, die 113 Segel-, 56 Ruder- und 57 Kanuvereine kommen auf 30 000 WassersportlerInnen. Und: Neben den Organisierten betreiben geschätzt noch einmal 600 000 Menschen ihren Sport ohne Vereinsmitgliedschaft.

Dazu ist Berlin regelmäßig Schauplatz großer internationaler Sportereignisse. Da gab es nicht nur die Fußball-WM 2006, da lockten auch die ISTAF Leichtathletik-Weltmeisterschaften 2009 oder die Europameisterschaften im Gerätturnen 2011 die BesucherInnen. Und für den kommenden September steht schon wieder das Internationale Stadionfest ISTAF bevor.

Aber reicht das und sind das auch schon Gründe, sich um die Ausrichtung der Olympischen Spiele zu bewerben? Wie sportfreundlich ist die Stadt nun wirklich? Das wollen wir auf den kommenden Seiten durchleuchten.



# Kein Olympia ohne Bürgerbeteiligung!

Nach der krachenden Abstimmungsniederlage im November 2013 über die Bewerbung des Großraums München für die Winterspiele 2022 gab es lange Gesichter bei den Befürwortern vor Ort und den Verantwortlichen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB). Die Ursache schien schnell gefunden: Die Menschen hätten nicht verstanden, die Befürworter müssten mehr erklären und ein besseres Marketing betreiben. Die Schockstarre hielt aber nicht lange an...

Denn in Hamburg und auch in Berlin wird wieder ganz konkret über Olympische Sommerspiele nachgedacht – in Berlin vor allem vorangetrieben vom Landessportbund Berlin und, wenn auch mit scheinbar weniger Enthusiasmus, mit Unterstüt-

zung des Senats und Teilen der Berliner Politik und Wirtschaft. Der DOSB unterstützt die Debatte auf die ihm eigene Art und setzt Politik, Sport, Befürworter sowie Gegner mit einem 13-teiligen Fragenkatalog, der bis Ende August diesen Jahres beantwortet sein muss, unter Druck.

Und wie immer fühlt sich die Berliner Politik bereit für ein neues großes Projekt. Diese Haltung teile ich nicht ganz und be-

hauptete, dass es nur wenig Rückhalt in der Berliner Bevölkerung für Olympische Spiele gibt, was auch immer die Befürworter an Argumenten vorlegen werden.

**Sportbegeistert, aber nicht geblendet...**

Zweifelsohne sind die Berlinerinnen und Berliner für den Sport zu begeistern und sie sind tolle Gastgeber, wie sie bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 gezeigt haben. Doch zeigt das Münchner Ergebnis, dass die Bürgergesellschaft sich nicht

Großsportereignisse: Mehr Hürden zu nehmen, als nur eine erfolgreiche Bewerbung  
Foto: Flickr/akiwitz

mehr einfach blenden lässt. Denn die in der Münchner Abstimmung gezeigte Ablehnung war kein Zeichen von Mutlosigkeit. Hier hat es sich Thomas Bach, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), zu einfach gemacht, als er das Nein der Bürger zur Olympia-Bewerbung Münchens als Sieg der Mutlosen bezeichnete.

Mich überrascht diese „Olympia, nein danke“-Stimmung, die auch in vielen anderen Ländern Europas zum Ausdruck kam, nicht. Offensichtlich beschäftigen die Menschen andere Probleme als die Frage nach Olympischen Spielen. Vor allem herrscht zu Recht ein großes Misstrauen gegenüber dem IOC. Denn das IOC ist neben dem Weltfußballverband FIFA zum Sinnbild einer Organisation geworden, die mehr für Korruption, Selbstgefälligkeit, Intransparenz und Größenwahn steht als für einen fairen und sauberen Sport. Und vom olympischen Gedanken mag man doch gar nicht mehr reden.

Es besteht ein massives Glaubwürdigkeitsproblem bei Vergabe und Durchführung von Sportgroßveranstaltungen. So denken viele Menschen, dass es dem IOC und Sportfunktionären vorrangig ums (eigene) Geld geht. Anders lässt sich eine Vergabe der Winterspiele 2014 nach Sotschi doch nicht erklären. Und die Vergabe der Fußball-WM 2022 nach Katar durch die FIFA sowie die aktuellen Berichte über Korruption und Vorteilsnahme haben viele in ihrer Meinung noch bestärkt.

In dem Wettrennen um Sportgroßveranstaltungen, wie Olympia und Weltmeisterschaften, können wohl nur noch Staaten mitbieten, die Öl- und Gasvorkommen besitzen oder deren Gesellschaftsordnung eine freie Meinungsbildung verwei-

gert. Die Massenproteste im demokratischen Brasilien sind darüber hinaus ein mahnendes Beispiel, das Augenmaß nicht zu verlieren. Olympia zu holen, kostete es, was es wollte, passt einfach nicht mehr in unsere heutige Zeit. Die Olympischen Spiele sind zum Symbol für gigantische Inszenierungen geworden.

Dieser Gigantismus steht im Gegensatz zu den Auffassungen vieler Menschen in Berlin, aber auch anderen Städten, die genug von explodierenden Mieten haben. Denn die wachsenden Städte sind zur Goldgrube für Bauträger und Investoren geworden. Das treibt die Preise in die Höhe und zwingt die Städte zu Flächenversiegelung oder Nachverdichtung. Diese Entwicklung erleben wir in Berlin hautnah: Immer mehr Bürger können sich das Leben in ihrer eigenen Stadt nicht mehr leisten, während sich gleichzeitig ohne ihr Zutun das Gesicht und der Charakter Berlins verändert.

Die Pläne des Berliner Senats, den Berlinerinnen und Berlinern zukünftig wichtige Fragen zur Entscheidung vorzulegen, ist ein notwendiger Weg und eine kluge Lehre aus dem Debakel der Abstimmung über das Tempelhofer Feld. Nur leider kommt diese Besinnung zu spät für die Olympiabewerbung.

Auch der DOSB scheint den richtigen Weg eingeschlagen zu haben und stellt in seinem Fragenkatalog die beiden entscheidenden Fragen: Warum will Ihre Stadt die Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele ausrichten und wie sollen die Bürger/innen in Ihrer Stadt und ganz Deutschland davon profitieren? Allerdings hat der DOSB Berlin wie auch Hamburg nur drei Monate Zeit gegeben, eine Antwort zu geben. Damit ist der Vorstoß wohl doch nicht so ernst gemeint, wie es scheint.

**Was die Spiele kosten, was sie bringen, wer verdient:**

Drei Milliarden Euro sollten die Olympischen Spiele 2012 in London kosten, schließlich wurden es dann unvorhergesehen 13 Milliarden.

Für die Winterspiele in Sotschi ließ die Regierung Putin geschätzt 32 Milliarden Euro springen – und wird nach Expertenmeinung allein in den kommenden drei Jahren weitere fünf Milliarden nachschießen müssen, um die neuen Bauten vor dem raschen Verfall zu bewahren.

**Vergleichsweise bescheiden:**

Griechenland investierte in die Ausrichtung der Spiele von 2004 8,5 Milliarden Euro – woran das krisengeschüttelte Land jedoch heute noch zu tragen hat, etwa durch die Unterhaltskosten für den einstigen Flughafen Hellekon, Europas größtes ungenutztes städtisches Immobilien-Gebiet.

**Andererseits:**

Mit dem exklusiven Sponsorenprogramm „The Olympic Programm“ sicherte sich das IOC die weltweiten Vermarktungsrechte an den Spielen. Ergebnis: 1972 verfügte das IOC über ein Vermögen von lediglich zwei Millionen US-\$, heute hat es knapp 700 Millionen Euro in der Kasse.

Unter diesem Zeitdruck jedoch muss jede Bürgerbeteiligung zum Versuch verkommen, die Bürger von der Sinnhaftigkeit längst beschlossener und von ökonomischen Interessen diktiert Planungen zu überzeugen. Dies werden die Berliner nicht mehr mit sich machen lassen. Das deutliche Nein der Berliner beim Volksentscheid zur Bebauung des Tempelhofer Feldes schafft eine selbstbewusste Gegenöffentlichkeit zur rot-schwarzen Mehrheit in Berlin.

**Für Spiele mit dem richtigen Maß**

Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Berlinerinnen und Berliner ein tolles Sportpublikum wären, wenn wir bescheidene und nachhaltige Spiele erwarten dürften. Aber auch hier werden die Bürger Berlins eine Besinnung auf das richtige Maß fordern. Ein erfolgreiches Werben für Olympia muss mindestens folgende Kriterien erfüllen: eine echte Bürgerbeteiligung, die Nachhaltigkeit der Spiele in ökologischer und finanzieller Hinsicht, Bescheidenheit statt Gigantomie und ein Maximum an Transparenz auf allen Ebenen. Das Problem ist nur, dass das IOC zu lange brauchen wird, um dies zu begreifen und den Sport wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu gehören als erste Schritte ein struktureller und personeller Neuanfang in den Wertsportverbänden und eine Aufklärung der jahrzehntelangen Korruption im Wertsport.

Die grüne Bundestagsfraktion wird sich ebenfalls schwerpunktmäßig mit den Fragen der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen beschäftigen und Lösungswege aufzeigen.

ÖZCAN MUTLU, MdB  
SPORTPOLITISCHER SPRECHER  
DER BUNDESTAGSFRAKTION VON  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Sport & Integration



Foto: Stephan Lienhard/flickr

Sport in Berlin, das ist nicht nur Hertha oder Union, nicht nur Alba oder die Eisbären. Eine wichtige Rolle spielt der Sport auch, wenn es darum geht, das soziale Zusammenleben der vielen verschiedenen Kulturen und Nationen zu organisieren. In der Zivilgesellschaft sind eine ganze Reihe von Projekten und Initiativen entstanden, die versuchen, Toleranz und Verständnis auf sportlichem Wege zu schaffen.

### Vielfalt – ein Gewinn für alle

Die Sportjugend Berlin unterhält das Programm „Integration durch Sport“. „Vielfalt und Besonderheiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen werden nicht als Gegensatz zueinander und als Gewinn für alle betrachtet“, heißt es in der Projektbeschreibung.

In Berlin arbeitet das Programm mit vier hauptamtlichen Sportpädagogen, die von unzähligen ehrenamtlichen Mitarbeitern in allen Berliner Bezirken unterstützt werden. Das Förderprogramm bietet Beratung, Organisationshilfe sowie finanzielle Unterstützung für Berliner Sportvereine, die sich

dem gesellschaftlichen Integrationsauftrag stellen und einen Beitrag zur sozialen Integration, zur Gewaltprävention und zum gesunden Aufwachen von jungen Menschen leisten wollen.

### Teamgeist entwickeln

Der Verein „Gangway e.V.“ macht Straßensozialarbeit mit jugendlichen und erwachsenen Menschen in Berlin. Weil insbesondere Fußball bei vielen Jugendlichen hoch im Kurs steht, hat der Verein die „Gangway-Fußball-Liga“ gegründet.

Die Fußballliga soll für die beteiligten Jugendlichen in erster Linie ein Ort der Begegnung sein. Hier sollen sie die Möglichkeit haben, mit anderen jungen Menschen aus verschiedenen Bezirken und mit unterschiedlichen ethnischen Herkünften zusammenzukommen, um gemeinsam Fußball zu spielen. Ein wichtiger Aspekt der Liga soll der Austausch-Charakter zwischen den Mannschaften sein, durch den Vorurteile abgebaut werden sollen.

Der Verein „Narud e.V.“ (Network for African Rural and Urban Development) engagiert

sich in den Entwicklungsländern insbesondere in Afrika in den Bereichen Technologietransfer und Armutsbekämpfung. In Berlin hat der Verein Ende Juni, während der Fußball-WM, zum fünften Mal sein interkulturelles Fußballturnier organisiert, an dem Jugendliche und Erwachsene teilnehmen konnten.

### Wertschätzung der Vielfalt

Das von Narud formulierte Ziel des Turniers ist es, „den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wertschätzung der Vielfalt im Stadtteil zu fördern, um ein respektvolles Miteinander zu stärken, ein Wir-Gefühl aufzubauen und Freundschaften zu schließen. Außerdem möchten wir ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung sowie fremdenfeindlich motivierte Übergriffe setzen.“

### Raus aus dem Abseits

Das interkulturelle Projekt „Champions ohne Grenzen“ bietet Flüchtlingen und Asylsuchenden in Berlin die Möglichkeit, gemeinsam und mit Einheimischen Fußball zu spielen. Das Training ist offen und kostenlos für alle und soll den Flüchtlingen und AsylbewerberInnen eine Abwechslung zu ihrem oft tristen Alltag bieten und sie aus der gesellschaftlichen Isolation herausholen.

Die meisten Teammitglieder sind Männer, aber auch Frauen machen mit. Mittlerweile nehmen im Durchschnitt an die 30 Spieler und Spielerinnen am Training teil, insgesamt gibt es einen Pool von rund 50 „Champions“. Unter ihnen auch Spieler, die in ihren Heimatländern in höheren Fußballligen gespielt haben.

MATTHIAS TANG  
REDAKTION

## Bäderbetriebe im Umbruch – Eine erste Bilanz

Die Berliner Bäderbetriebe mit ihren diversen Finanzskandalen sind seit zwanzig Jahren Dauerbrenner in der Berliner Sportpolitik. Seit etwa einem Jahr sind die neuen Vorstände Ole Bested Hensing und Annette Siering im Amt und es steht die Veröffentlichung des neuen Gesamtkonzepts bevor.

Das Erbe, das der neue Vorstand angetreten hat, ist denkbar schwierig. Der Kostendeckungsgrad von 20 Prozent ist miserabel, die jährlichen Zuschüsse von 50 Millionen Euro sollen trotz steigender Personal- und Energiekosten nicht erhöht werden und es hat sich ein Sanierungsrückstand von 80 Millionen Euro angesammelt – für eine echte Modernisierung der Bäder wären sogar 300 Millionen Euro fällig.

### Kieznahes Angebot unverzichtbar

Um die desolate Lage in den Griff zu bekommen, gab es in den vergangenen Monaten die verschiedensten Ansätze. Den Auftakt lieferte der neue Vorstand mit der Idee, die Zahl der Bäder auf wenige Standorte zu konzentrieren. Heftigste Proteste führten zur raschen Aufgabe dieser Pläne – zu Recht: Zwar ist es im Einzelfall denkbar, besonders unrentable oder baufällige Bäder durch einen Neubau zu ersetzen. Aber nicht zuletzt für den Schwimmunterricht und für Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist ein kieznahes Angebot unverzichtbar.

Ähnlich heftig fiel die Reaktion auf die neuen Eintrittspreise aus, obwohl ein differenzierter Blick lohnt: Wie beabsichtigt scheinen sich die ehemals überfüllten Stoßzeiten zu entzerren, die Senkung der ermäßigten Preise ermöglicht es einkommensschwächeren Haushalten, die Bäder zu nutzen, und die Erweiterung

der Familienkarte auf der Basis eines modernen, offenen Familienbildes ist begrüßenswert.

Kritisch sind die Pauschalangebote für freizeitorientierte Bäder und Warmwassertage – im ungünstigsten Fall kostet ein Schwimmbadbesuch nun bis zu 7,50 Euro. Mal ganz abgesehen von der Frage, wie sinnvoll ein einheitliches Tarifsystem für alle Bäder ist: Diese Preise sind angesichts der mangelhaften Ausstattung zu hoch.

### Rot-Rot hat Angebot verringert

Genau hier liegt eines der Hauptprobleme der Bäderbetriebe: Um Kosten zu sparen, wurde das Angebot von der rot-roten Regierung konsequent zurückgebaut – mit dem Ergebnis, dass die BesucherInnen wegblieben. Ideen zur Abhilfe gibt es einige: So überraschte die SPD mit dem Vorschlag, 100 Millionen Euro in den Bau von vier neuen Erlebnisbädern zu investieren. Die Bäderbetriebe haben die Idee eines 365-Tage-Bades entwickelt, das mit seinen Innen- und Außenbecken, abgetrennten Bereichen für Sport- und Schulschwimmen, sowie einer Reihe weiterer Angebote ganzjährig geöffnet und für alle Zielgruppen attraktiv sein soll.

Aber auch kostengünstigere Maßnahmen wie der Ausbau reiner Vereins- und Schulbäder zur Verringerung der Parallelnutzung oder Betreibermodelle wie beim Baerwaldbad, das von einem Schwimmverein betreut wird, sollten berücksichtigt werden. Denn ob die neuen Bäder genug Einnahmen bringen, um das Defizit zu verringern, ist unvorhersehbar. Zudem ist fraglich, ob sich derartige Ausgaben angesichts des Sanierungsrückstands rechtfertigen lassen – die Investition dieser Mittel in bestehende Bäder oder die Beschränkung



Foto: Dasha Petrenko

des Erlebnisbad-Experiments auf einen Neubau sind vermutlich die sinnvolleren Alternativen.

### Umbruch mit positiven Ansätzen

Nach Jahren des Stillstands ist ein Umbruch in Berlins Bäderlandschaft im Gange. Trotz zahlreicher Proteste sind positive Ansätze erkennbar, die nicht immer in die öffentliche Diskussion vordringen. Begrüßenswert ist etwa die Motivation, alte Strukturen zu überdenken und sich neuen gesellschaftlichen Anforderungen zu öffnen. Ob die Entwicklung tatsächlich positiv verläuft, bleibt abzuwarten – sicher ist, dass sie nicht an der Berliner Bevölkerung vorbei, sondern mit ihr zusammen laufen sollte. Der eklatante Personalmangel, der auch auf die fehlenden Finanzmittel zurückzuführen ist und mit verkürzten Öffnungszeiten kompensiert werden muss, ist ein dabei ein Problem, das auf eine Lösung wartet.

MARTIN BECK, MDA  
SPRECHER FÜR SPORTPOLITIK

### Fakten zu den Berliner Bäderbetrieben

26 Sommer- und Strandbäder

37 Hallenbäder mit 25 bis 50 Meter langen Becken

7 Schul- und Vereinsbäder

### Schwimmbad-Nutzung:

2011: 3,3 Millionen Besucher, 2012: 3,8 Millionen

Erlöse aus Eintrittskarten 2012: 14,6 Millionen

Zuschüsse 2012: 45 Millionen

Quelle: Geschäftsbericht 2012

# Europawahl und Volksentscheid: Zwei Abstimmungen, die zu denken geben

*Können wir Bündnisgrüne mit den Wahlergebnissen vom 25. Mai zufrieden sein? Gemessen an den Voraussetzungen, ja. Trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen sind wir im Bund zweistellig geblieben und wieder dritte politische Kraft geworden.*

Auf Landesebene haben wir im Vergleich zu 2009 zwar prozentual verloren, aber bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung 18 000 Stimmen dazu gewonnen. Besonders freuen wir uns darüber, dass es neben Reinhard Bütikofer auch der Berliner Michael Cramer auf dem kippeligen Listenplatz 10 wieder ins Europaparlament geschafft hat.

Feiern konnten wir zeitgleich aber noch ein anderes Ergebnis: 740 000 Berlinerinnen und Berliner haben beim Volksentscheid Tempelhofer Feld gemeinsam mit uns Grünen dafür gestimmt, dass der Stadt ein weiteres Flughafen-Desaster erspart bleibt. Das Ja zum Feld ist ein Misstrauensvotum gegenüber dem Wowereit-Senat und ein Votum für eine andere Stadtentwicklung. Wer hätte das vor einigen Monaten gedacht?

## Noch stehen wir nicht da, wo wir wollen

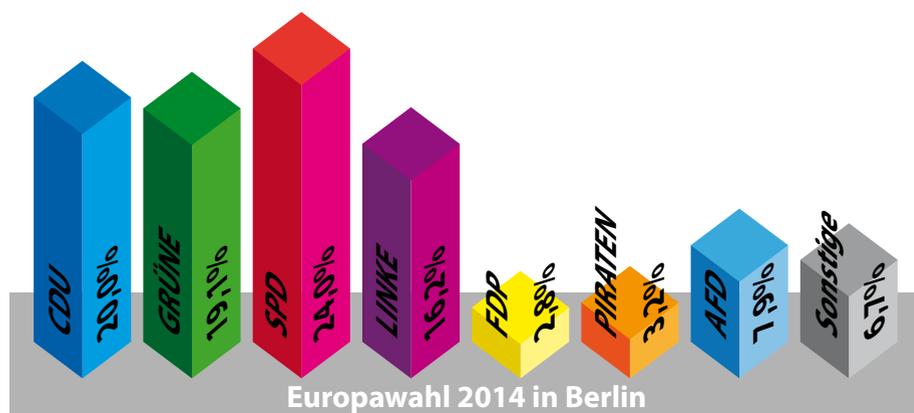
Der 25. Mai bietet viel Stoff zum Nachdenken. Die kontinentweiten Erfolge von antieuropäischen, rechtspopulistischen Gruppierungen gehören sicherlich dazu. Das solide grüne Ergebnis sollte uns auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir als Partei noch lange nicht da stehen, wo wir langfristig hin wollen. Aber gerade für Berlin enthält das Wahlergebnis eine Reihe von Hinweisen darauf, was wir dieses Mal besser gemacht haben als 2011 und 2013 – und was wir daraus für die kommenden Wahlen lernen können.

## Erfolg mit Kernthemen und Ja zu Europa

Bei dieser Europawahl haben wir auf unsere Kernthemen gesetzt und – anders als unsere demokratischen Mitbewerber – keinen Zweifel daran gelassen, eine pro-europäische Kraft zu sein. Mit TTIP, dem geplanten Freihandelsabkommen mit den USA, hatten wir zudem ein Mobilisierungsthema, was so bei unserem Programm-Parteitag in Dresden noch nicht absehbar war. Obwohl die grüne Beschlusslage zu TTIP eine differenzierte ist (Stopp und Neustart), haben wir es im Wahlkampf verstanden, eine klare Botschaft zu formulieren (Nein, so nicht!). Damit konnten wir an die zivilgesellschaftlichen Proteste und Kampagnen der Verbände anschließen und die Große Koalition wegen ihrer vieldeutigen Haltung bei diesem Thema treiben.

Hier besteht eine Gemeinsamkeit mit dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Die mobilisierende Wirkung des

gemeinsamen Abstimmungstermins auf die Wählerinnen und Wähler war absehbar. Und ähnlich wie bei TTIP ging es nicht ohne eine eindeutige grüne Positionierung in dieser zentralen stadtpolitischen Frage. Gerade weil wir mit unserem „Dritten Weg“ im Vorfeld eigentlich für einen Kompromiss zwischen dem Senat und den Forderungen der Bürgerinitiative „100 % Tempelhofer Feld“ geworben hatten. Aber Rot-Schwarz war zu substantiellen Änderungen an ihrem Masterplan nicht bereit. Damit war ein Ja zur Bürgerinitiative die beste Möglichkeit, den Senat zu stoppen. Gleichzeitig ging es bei dieser Abstimmung um sehr viel mehr als das Tempelhofer Feld. Was einige Medien als „Protestwahl“ erklärt haben, war in Wahrheit eine Richtungsentscheidung in der Berliner Stadtentwicklungspolitik. Mit unserem „Dritten Weg“ konnten wir zeigen, dass moderne Beteiligung und eine soziale Wohnungspolitik anders aussehen als die Pläne des Senats. Und wir konnten dadurch auch diejenigen für



## Stark im Zentrum, schwächer an den Rändern

220 977 Menschen stimmten diesmal bei der Europawahl 2014 in Berlin für Grün. 2009 waren das „nur“ 202 437 Wählerinnen, noch 18 540 weniger.

**Dennoch:** Wegen der insgesamt gestiegenen Wahlbeteiligung bedeutete das in Prozentzahlen für die Grünen ein Minus von 4,5. Stärkster grüner Bezirk wurde erwartungsgemäß Friedrichshain-Kreuzberg mit einem Stimmenanteil von 33,9 Prozent bei 32 025 abgegebenen Stimmen.



Foto: [www.umweltconsulting.biz](http://www.umweltconsulting.biz)

ein Ja zu Tempelhofer gewinnen, die eine alternative, moderne Stadtentwicklung wollen.

## Keine Angst vor Zuspitzung der Themen

Tempelhofer und TTIP zeigen: Wir Grüne sollten keine Angst vor der Zuspitzung unserer Themen haben. Im Wahlkampf führt an einer klaren Positionierung mit eindeutigen Aussagen ohnehin kein Weg vorbei. Das steht nicht im Widerspruch zu einer differenzierten Haltung und Programmlage in komplexen Sachfragen. Entscheidend ist der Mut, in der politischen Kommunikation zuzuspitzen, und die Fähigkeit zur Polarisierung bei politischen Grundsatzfragen.

Und noch etwas können wir vom Tempelhofer-Volksentscheid lernen: Kampagnen und Abstimmungen stehen am Ende eines politischen Prozesses, der eine frühzeitige Vorbereitung innerhalb der Partei erfordert. Wir haben uns beim Tempelhofer Feld im Vorfeld auf eine eigenständige grüne Linie und eine gemein-

same Strategie verständigt, bei der alle relevanten Akteurinnen und Akteure eingebunden waren. Unsere Fraktion hat – unterstützt von der Partei – den Senat mit dem „Dritten Weg“ an den Verhandlungstisch gezwungen. Nach dem Scheitern der Gespräche haben wir unter Einbindung der unterschiedlichen Interessen in den Bezirken flügelübergreifend einen gemeinsamen Kurs bestimmt und ihn bis zum 25. Mai auch gemeinsam getragen. Das war nicht immer einfach, weder bei unserer Landesdelegiertenkonferenz, noch während der Kampagne, als Rot-Schwarz mit großem Aufwand versucht hat, unsere differenzierte Position als „Stillstandspolitik“ zu diffamieren. Aber letztlich haben wir es mit langfristiger Vorbereitung und innerparteilicher Geschlossenheit geschafft, den Volksentscheid zu einer Abstimmung über die Senatparteien und ihre Stadtentwicklungspolitik zu machen. Und auch der Mut zur Zuspitzung hat sich ausgezahlt – ein gelungenes Beispiel ist in diesem Zusammenhang unser „Wowereit-Plakat“, über

das wir lange und kritisch nachgedacht haben, das sich aber letztendlich als echter Hingucker erwiesen und uns viel positive Resonanz eingebracht hat.

## Fahrrad-Demo passt besser als Bühnenshow

Zurück zum Europa- und dem eigentlichen Straßenwahlkampf. Eine weitere Erkenntnis der vergangenen Monate lautet: Wir Grüne sollten mehr auf alternative, authentische Wahlkampf-formate setzen. Eine Fahrrad-demo als Wahlkampfabschluss ist besser als jede klassische Bühnenshow. Während wir mit – inhaltlich spannenden und hochkarätig besetzten – Veranstaltungen oftmals nur unsere eigenen Parteimitglieder bespielen, erreichen wir durch gezielte Aktionen viel mehr Menschen. Bei der Planung der nächsten Wahlkämpfe sollten wir uns daher noch radikaler als bisher fragen: Wie erreichen wir die Berlinerinnen und Berliner?

BETTINA JARASCH UND  
DANIEL WESENER  
LANDESVORSITZENDE

## Volksentscheid Flughafen Tempelhof: Mehr als nur ein „Nein“ zum Masterplan

Würden Sie diesem Mann noch einen Flughafen anvertrauen? So fragten die Grünen auf ihrem Plakat zum Volksentscheid unter dem Foto eines gelangweilten Klaus Wowereit und die Antwort der WählerInnen fiel überdeutlich aus: Sie erteilten nicht nur dem monströsen Bebauungsplan für das Tempelhofer Feld eine Absage, sondern gaben zu verstehen, dass sie diesem Regierenden Bürgermeister gar nichts mehr anvertrauen.

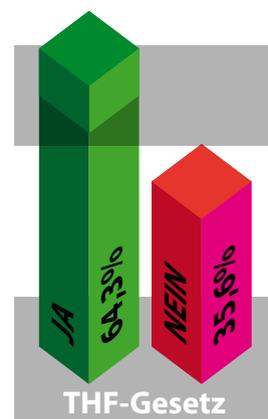
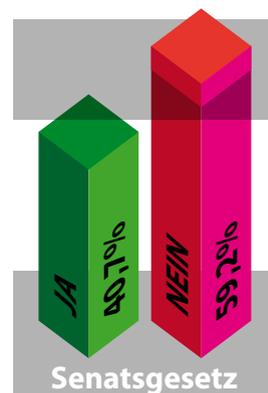


Foto: Christian Kölling



Knapp 590 000 BerlinerInnen, fast 60 Prozent aller Volksentscheid-TeilnehmerInnen, votierten gegen den vom Senat durchgedrückten Gesetzesentwurf. Noch peinlicher für Wowereit und seine Mannschaft: Nicht einmal 20 Prozent der WählerInnen erteilten seiner Planung ihren Segen. Für die „100 Prozent Tempelhofer Feld“ der Volksentscheid-InitiatorInnen stimmten dagegen 739 124 Menschen, mit 64,3 Prozent fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Reaktion der abgestraften Koalitionäre von SPD und CDU: Beleidigtsein und Schuldzuweisungen, wer die Verantwortung für das Desaster trägt.

Nur dass der Senat die notwendigen Lehren zieht, ist nicht erkennbar. Antje Kapek, Vorsitzende der grünen Abgeordnetenhaus-Fraktion: „Die Koalition muss sich von ihrer gescheiterten Politik der Großprojekte verabschieden. Kaum jemand traut Rot-Schwarz nach dem BER-Debakel solche Projekte noch zu.“ Und vor allem: „Stadtplanung geht nur im Dialog mit den Berlinerinnen und Berlinern.“

Was bedeutet das für das Tempelhofer Feld? Für die Freifläche gilt das Gesetz, wie es von der Initiative eingebracht wurde: Sie bleibt frei! Doch das heißt nicht, dass Stillstand herrschen muss. Auch das im Volksentscheid durchgebrachte Gesetz erlaubt eine behutsame Weiterentwicklung des Geländes, insbesondere die Anlage eines Parks.

### Vom Flughafen zum Kulturhafen

Doch während sich der Senat mit seiner Tempelhof-Masterplanung selbst über die Bedenken der Fachabteilungen im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hinwegsetzte, müsste nun ein öffentlich tagender Planungsausschuss Transparenz und Beteiligung aller Betroffenen sicherstellen, dürften verbindliche Entscheidungen in Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen erst fallen, wenn die Empfehlungen dieses Beteiligungsverfahrens vorliegen. So jedenfalls sieht es der Antrag vor, den die Grünen ins Abgeordnetenhaus einbrachten.

Benötigt wird jetzt vor allem ein Konzept für das Flughafengebäude. Der Vorschlag der Grünen: Das soll – mit entsprechender Bürgerbeteiligung – zu einem umweltverträglich gestalteten „Kulturhafen Berlin-Tempelhof“ werden, einem Veranstaltungsort und erschwinglichen Domizil für Start-Ups und Unternehmen der Kulturindustrie, vielleicht auch zum Standort der Landesbibliothek.

Die Auseinandersetzung um das Tempelhofer Feld dauert jedenfalls an – und wirft auch Fragen über die Zukunft des Senats auf. Die beiden grünen Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek und Ramona Pop in ihrer ersten Erklärung nach dem Volksentscheid: „Der Regierende Bürgermeister muss nun der Stadt erläutern, wie er das Vertrauen Berlins zurückgewinnen will, wenn er noch bis 2016 im Amt bleiben will.“

DETLEF FRITZ

### AnwohnerInnen für ein freies Feld:

Auf Ablehnung stießen die Senatspläne für das Tempelhofer Feld in der ganzen Stadt; doch nirgends war sie so stark wie in der Nachbarschaft und den grünen Hochburgen.

Mit einem Anteil von 77,4 Prozent für die Volksentscheid-InitiatorInnen Spitzenreiter: Friedrichshain-Kreuzberg. Neukölln folgte mit 74,3 Prozent. In Tempelhof-Schöneberg, wo die Wahlbeteiligung über 53 Prozent betrug – eine Beteiligung, die nur von Steglitz-Zehlendorf getoppt wurde – votierten 69,5 Prozent der Abstimmenden für „100 Prozent Tempelhof“, Rang drei.

## Nur mit einem Fahrradnetz führt der Weg zur Fahrradstadt Berlin

Entgegen allen Bekundungen des Senats: Um eine echte Fahrradstadt zu sein, fehlt Berlin die nötige Infrastruktur – und dem Senat der politische Wille, diese zu schaffen. Berlin braucht ein Netz aus Fahrradstraßen und Radschnellwegen, sagt Stefan Gelbhaar, im Abgeordnetenhaus der bündnisgrüne Sprecher für Verkehrspolitik, im Gespräch mit den stachligen grünen Argumenten.

» **stachlige grüne Argumente:** In Berlin wird viel Rad gefahren, manche sprechen sogar von Berlin als Fahrradstadt. Zu Recht?

Stefan Gelbhaar: Beim Begriff Fahrradstadt denke ich an Kopenhagen oder Amsterdam. Da gibt es die Infrastruktur, die das Radfahren schnell, sicher und komfortabel macht. Dort ist ein politischer Wille zur Entwicklung einer Fahrradstadt vorhanden, den ich beim Senat vermisse.

» **Trotzdem fahren immer mehr BerlinerInnen mit dem Rad...**

Das zeigt, dass der Wunsch nach Radfahren da ist. Es ist möglich, dass Berlin zur Fahrradstadt wird. Das ist dann eine Bewegung aus der Breite der Stadtgesellschaft, die durch die bloße Anzahl der RadfahrerInnen dafür sorgt, dass der Senat irgendwann nicht mehr wegsehen kann.

**Es fehlt an Geld und Willen**

» **Was sind die Probleme für die RadlerInnen?**

Das sind gefährliche Situationen, wenn Radwege im Nichts enden oder bei den Fahrspuren an Baustellen nicht berücksichtigt werden. Dazu sind an vielen Kreuzungen die Sichtverhältnisse schlecht, was regelmäßig zu Unfällen führt. An Bahnhöfen und an vielen anderen Plätzen fehlt es an Abstellmöglichkeiten. Die Fahrradinfrastruktur ist aber der entscheidende Hebel, um den Radverkehr sicherer und attraktiver zu machen. Insgesamt ist zu konstatieren, dass der Senat auch hier versagt – wie übrigens bei so gut wie jeder Verkehrsinfrastruktur.



Foto: Hans-Jörg Aleff/flickr

» **Was sollte in Berlin konkret getan werden, um die Situation für die RadfahrerInnen zu verbessern?**

Möglichkeiten, sein Rad sicher an ÖPNV-Knotenpunkten abzustellen. Oder Radfahrstreifen auf der Fahrbahn, die zur Verkehrssicherheit beitragen. Bei Letzterem ist Berlin zwar auf dem richtigen Weg, aber unsäglich langsam. Im derzeitigen Tempo würden erst in 80 Jahren alle Hauptstraßen einen Radstreifen haben.

» **Liegt das am Geld?**

Ohne das geht es jedenfalls nicht. Berlin gibt aktuell kaum Geld für den Radverkehr aus. Auf dem Papier hat sich der Senat zwar für fünf Euro je BerlinerIn und Jahr ausgesprochen, aber wir sind real deutlich drunter. Und dann braucht es noch den entsprechenden Gestaltungswillen.

» **Was fehlt vor allem für die Fahrradstadt?**

Ein Netz aus Fahrradstraßen und Radschnellwegen als zusätzliches Angebot. In Fahrradstraßen hat der Radverkehr Vorrang vor dem motorisierten Verkehr. Ziel des Ganzen wäre es, zentrale Orte wie die Stadtzentren Berlins oder Bahnhöfe und Haltestellen besser zu verknüpfen und so attraktive Routen zu schaffen. Die bestehende Infrastruktur muss dabei einbezogen und ebenfalls weiterentwickelt werden. Zur Realisierung eines solchen Netzes aus Fahrradstraßen und Radschnellwegen haben wir eine entsprechende Studie erarbeitet. Ein solches Fahrradnetz ist gut zu verwirklichen, würde Berlin in Sachen Radverkehr wirklich nach vorne bringen.

**Adressen nicht nur für RadlerInnen**

ADFC  
Landesverband Berlin e.V.  
Tel. 030 44 84 724  
Fax 030 44 34 05 20  
[kontakt@adfc-berlin.de](mailto:kontakt@adfc-berlin.de)  
[www.adfc-berlin.de](http://www.adfc-berlin.de)

ADFC Landesverband  
Brandenburg e.V.  
Tel. 0331 28 00 595  
Fax 0331 27 07 077  
[brandenburg@adfc.de](mailto:brandenburg@adfc.de)  
[brandenburg.adfc.de](http://brandenburg.adfc.de)

Berliner Radsport-Verband  
e.V.  
[www.bdr-radsport.de](http://www.bdr-radsport.de)

Bund für Umwelt und  
Naturschutz Deutschland  
(BUND)  
Landesverband Berlin  
Martin Schlegel  
Tel. 030 78 79 00 17  
[www.bund-berlin.de](http://www.bund-berlin.de)



## Eine Idee zur Weiterentwicklung des Geländes der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg

# Campus für Demokratie

Stasi-Stadt, Dokumentations- und Gedenkstätte Normannenstraße, Lernort Stasi-Zentrale, Ort der Aufklärung über Repression und Widerstand, Stasi-Unterlagen-Archiv. Es gibt schon jetzt viele Bezeichnungen für das Gelände der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit. Und dazu eine Idee für das Gelände, die sich „Campus für Demokratie“ nennt. Auf den ersten Blick scheint das ein Widerspruch. Ein Ort, der jahrzehntelang für Unterdrückung stand, soll nun für Demokratie werben? Genau das. Denn die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg eignet sich in besonderer Weise dafür, die gesellschaftliche Dynamik zwischen Diktatur und Demokratie zu reflektieren. Es ist ein Ort, der dreifach für deutsche Geschichte steht.

### Ort mit dreifacher Bedeutung

Von hier aus wurde der Repressionsapparat der SED-Diktatur gesteuert. Fast 40 Jahre lang war er Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit. Hier wurden die Pläne zur Verfolgung von Menschen und zur Unterdrückung der Menschenrechte entworfen und die Befehle zu ihrer Umsetzung gegeben.

Er ist aber auch ein Ort der Friedlichen Revolution in der DDR. Hier besetzten am 15. Januar 1990 mutige Bürgerinnen und Bürger die Zentrale der Stasi und sicherten die Akten der DDR-Geheimpolizei vor einer weiteren Vernichtung. Und sie setzten erstmalig in der Welt durch, dass diese Akten der Gesellschaft zur Verfügung stehen, im Besonderen den Betroffenen selber, die jahrzehntelang von der Stasi ins Visier genommen wurden.

Und schließlich ist dieser Ort nun schon seit fast 24 Jahren auch ein Ort, an dem die Stasi-Unterlagen auf rechtsstaatli-

cher Basis zugänglich gemacht werden – für die Aufklärung des eigenen Schicksals, für Forschung und Medien, für öffentliche Stellen. Die Akten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv unterstützen in einmaliger Weise die Aufklärung über die Herrschaftsmechanismen der Diktatur.

### Diktatur ist überwindbar

Mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, das den Zugang zu den Akten regelt und eine Balance zwischen Schutz von Persönlichkeitsrechten und Transparenz staatlichen Handelns schafft, ist schon weit vor dem Informationsfreiheitsgesetz diese Idee des Zugangs zu staatlichen Daten in unserer Demokratie verankert worden.

Die ehemalige Stasizentrale steht historisch für die Repression durch die SED-Diktatur. Gleichzeitig aber steht sie historisch auch für eine zweite, stärkere Botschaft: Diktatur ist überwindbar! Das macht sie heute zu einem besonderen Lernort für Demokratie.

Die Idee eines Campus für Demokratie ist eine Einladung an staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Schon jetzt gestalten engagierte Menschen die Campus-Idee mit. Einer von ihnen ist Jörg Drieselmann. Der Leiter des Stasi-Museums in „Haus 1“, dem ehemaligen Dienstsitz des Stasi-Ministers Erich Mielke, personifiziert die Geschichte des Ortes. Selber wegen seines Einsatzes für die Menschenrechte in der DDR im Gefängnis gewesen, leitet der ehemalige politische Häftling seit über 20 Jahren das Museum im ehemaligen Minister-Haus. Mit seinen Mitstreitern vom Bürgerverein ASTAK e.V. bemüht er sich, das Erbe des Hauses zu erhalten, um den nächsten Generationen vom



Foto: BStU

Wirken der Stasi zu erzählen, gerade an einem Ort, der auch die Banalität der Macht bezeugt.

### Lernort für Demokratie

„Haus 1“ ist ein Beispiel für das Zusammenwirken von zivilgesellschaftlichem und staatlichem Engagement an diesem Ort. Die ASTAK und die Ausstellungsmacher der Stasi-Unterlagen-Behörde arbeiten derzeit gemeinsam an einer neuen Dauerausstellung mit dem Titel „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ in „Haus 1“. Sie soll am 15. Januar 2015, dem 25. Jahrestag der Erstürmung, eröffnet werden.

Die vielfältigen Perspektiven zur Geschichte, sie sind schon heute auf dem Gelände zu erfahren. Die Zeitzeugen, die durch das Stasi-Museum führen, die Archivare, die die Akten der Staatssicherheit verwahren und

ihre Erkenntnisse vermitteln, und die Mitarbeiter der Verfolgtenverbände und Bürgerinitiativen, die im „Haus 1“ ihre Arbeitsräumlichkeiten haben: Jeder von ihnen bringt seine jeweilige Kompetenz und seinen eigenen Blick auf die Geschichte ein.

Ab dem Sommer 2015 wird die Robert-Havemann-Gesellschaft im Innenhof des Geländes ihre erfolgreiche Open-Air-Ausstellung über die Friedliche Revolution dauerhaft installieren. Die Ausstellung wird finanziert mit Mitteln der Kulturstatsministerin Monika Grütters und des Landes Berlin. Mit der Ausstellung an diesem Ort, gespeist aus den Inhalten des Archivs der DDR-Opposition, will der Verein deutlich machen, dass die Besetzung der Stasi-Zentrale ein wichtiger Teil der Friedlichen Revolution war.

### Blick nach vorne

Ein Campus für Demokratie ist von der Idee her kein Ort der Verkündung. Für junge Menschen, die hierher kommen werden und sich mit Geschichte beschäftigen wollen, soll es ein offenes Angebot sein. Ihre Fragen stehen im Mittelpunkt der Campus-Idee: Wie hat die Diktatur funktioniert? Warum konnte sie so lange existieren? Wie haben die Menschen damals gehandelt und warum? Was bedeuten Begriffe wie Privatsphäre, Anpassung und Widerspruch heute für uns? Ein Campus für Demokratie, so die Idee, ist ein Ort der Auseinandersetzung. Und es geht damit auch um Lebensgestaltung heute, um die Entwicklung von Urteilsfähigkeit.

Ein Campus ist ein Ort, der Menschen Gelegenheit gibt, sich auszutauschen. Daher ist er für

alle offen, die sich einbringen wollen und die aktiv die Diskussion über Demokratie und Diktatur führen wollen. Dass ein authentischer Ort dafür einen besonders kräftigen Impuls liefert, ist der Kern der Campus-Idee. So wie die Geschichte des Ortes nicht 1989/1990 endete, so will sie auch heute weiter geschrieben werden. Nicht im Verharren vor der Repression, sondern im aktiven Weitergestalten angesichts des Wissens um die Unfreiheit.

Der Campus für Demokratie richtet den Blick nach vorne, am Ort schwieriger Geschichte. Die Kultur des Erinnerens gibt uns die Chance, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

ROLAND JAHN  
BUNDESBEAUFTRAGTER FÜR  
DIE STASI-UNTERLAGEN

### Stasimuseum

Am Abend des 15. Januar 1990 nahmen Demonstranten die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg in Besitz. Das Berliner Bürgerkomitee begann hier seine Arbeit zur Auflösung des MfS. Eine Woche später beschloss der Runde Tisch, dass im Haus 1 der Stasi-Zentrale eine „Gedenk- und Forschungsstelle zum DDR-Stalinismus“ eingerichtet werden soll.

Stasi-Museum Berlin  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
[www.stasimuseum.de](http://www.stasimuseum.de)

Ausführliche Chronik vom Mauerbau 1961 bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl 1990:  
[www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de)

### Gedenkstätte Berliner Mauer:

Auf dem Areal befindet sich das letzte Stück der Berliner Mauer, das in seiner Tiefenstaffelung erhalten geblieben ist und einen Eindruck vom Aufbau der Grenzanlagen zum Ende der 1980er Jahre vermittelt. Anhand der weiteren Reste und Spuren der Grenzsperrungen sowie der dramatischen Ereignisse an diesem Ort wird exemplarisch die Geschichte der Teilung nachvollziehbar.

Bernauer Straße 119  
13355 Berlin  
[www.berliner-mauer-gedenkstaette.de](http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de)

Die Behörde des Bundesbeauftragten (BStU) bewahrt in ihren Archiven die 1990 sichergestellten Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auf. Dabei handelt es sich um mehr als 111 Kilometer Aktenmaterial und mehr als 1,4 Millionen Fotos. Der BStU stellt sie nach den gesetzlichen Vorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) Privatpersonen, Institutionen und der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin  
[www.bstu.bund.de](http://www.bstu.bund.de)



Foto: Fraktion B90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus

## Fraktion unterwegs: Mauergedenkstätte Ortstermin an der Bernauer Straße

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus hat am 26. Mai gemeinsam die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße besucht.

Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, informierte die Abgeordneten und MitarbeiterInnen zunächst über die Geschichte der Gedenkstätte, die Freiluftausstellung und den Stand der Bauarbeiten auf dem geschichtsträchtigen Gelände. Dabei bedankte er sich für das Engagement der Grünen für die Erhaltung des Teilstücks der Grenzanlagen und für die Errichtung der Gedenkstätte bereits seit den frühen 90er Jahren.

### Bauvorhaben im Kostenrahmen

Die Bauvorhaben der Stiftung auf dem Gelände liegen derzeit alle im Zeit- und Kostenrahmen – auch dies ist in Berlin also möglich. Auch hier gibt es aber immer wieder Schwierigkeiten mit der Finanzierung, wobei sich der Berliner Senat und die Bundesregierung gegenseitig die Verantwortung zuschieben. So fällt es der Stiftung nicht leicht, ihr Informationsangebot, insbesondere bei Führungen, aufrechtzuerhalten. Die Anlage

sei ursprünglich für 500 000 Besucher im Jahr angelegt – inzwischen freue sich die Gedenkstätte aber schon über 800 000 Gäste im Jahr, berichtete Klausmeier. Die Tendenz der Besucherzahlen sei zudem steigend.

Eine der wenigen Regenspauzen des Nachmittags nutzte die Gruppe zu einer Besichtigung der Freiluftausstellung. In beeindruckender Weise wird hier nicht nur anhand der Spuren der Grenzsperranlagen die Tiefenstaffelung der Grenzanlagen zum Ende der 1980er Jahre deutlich, sondern am „Fenster des Gedenkens“ auch die individuellen Schicksale der Menschen, die an der innerdeutschen Grenze den Tod fanden.

„Die Geschichte der Teilung und das dadurch entstandene Leid wird in der Gedenkstätte unmittelbar nachvollziehbar“, sagt Ramona Pop, Fraktionsvorsitzende. „Von Berlin aus geht aber auch das Signal der Möglichkeit einer friedlichen Revolution in die Welt“, so Pop weiter. Die Stiftung Berliner Mauer leiste dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

REDAKTION

### Schön war die Zeit...? Alltag und Unrecht in der DDR

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich vor einigen Jahren bereits intensiv mit der DDR-Geschichte auseinandergesetzt. In der Reihe „Schön war die Zeit...? Alltag und Unrecht in der DDR“ wurde in zehn Veranstaltungen kontrovers über das Leben in der DDR diskutiert.

In den 90er Jahren gab es eine starke Fokussierung auf die Aufarbeitung der Rolle der Staatssicherheit und ihrer Strukturen, individuelles Aktenstudium und „Tätersuche“. Was aber war vom organisierten Alltag in der DDR-Gesellschaft zu halten und was davon ist es wert, bis heute weitergetragen zu werden? In der Veranstaltungsreihe wurden in kontroversen Debatten die tatsächlichen Lebensbedingungen im Alltag der DDR und die Persönlichkeitsentwicklung von Menschen, die in dieser Diktatur gelebt haben, in den Blick genommen.



Es ging unter anderem um die Jugendkultur in der DDR und die Literaturszene, um die Bildungs- und Sozialpolitik, aber auch um die Aktivitäten der Stasi in West-Berlin. Und um viele andere Themen.

Um diese leidenschaftlichen Diskussionen festzuhalten und damit die Auseinandersetzung weitergeht, wurden die Ergebnisse in einer Dokumentation zusammengefasst, die man bei der Fraktion im Abgeordnetenhaus bestellen oder von der Internetseite herunterladen kann.

Fraktion im Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin  
[www.gruene-fraktion-berlin.de/publikationen](http://www.gruene-fraktion-berlin.de/publikationen)

## Das Einheitsdenkmal Ein falsches Symbol am falschen Ort

Mit Monika Grütters als Kulturstaatsministerin lebte kurz die Hoffnung auf, sie würde den Bau des geplanten „Freiheits- und Einheitsdenkmals“ auf der Schlossfreiheit verhindern. Aber nein – die riesige begehbare Schale soll nun 2015 eingeweiht werden.

Mit diesem Denkmal soll die Bürgerrechtsbewegung der DDR geehrt werden, die „friedliche Revolution von unten“, die 1989 die Öffnung der Mauer erzwang und 1990 zur Wiedervereinigung führte. Die Erinnerung an die Demonstrationen und Aktionen, vor allem an die Montagsdemonstrationen in Leipzig und die große Protestversammlung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 ist und bleibt vielen Menschen sehr wichtig. Zu der Ausstellung, die 2009 am Alex erzählte, wie es zum Mauerfall kam, strömten viele Menschen. Grundsätzlich wäre es darum gut, wenn die Hauptstadt ein Denkzeichen der Freude und des Stolzes auf die Überwindung der Teilung setzen könnte. Das bedenklliche an der geplanten „Einheitswippe“ aber ist, dass sich eigentlich niemand für sie interessiert. Die Menschen spüren, dass dieses Denkmal den Geist der friedlichen Revolution von 1989 nicht richtig trifft.

Falsch ist vor allem die Auswahl des Sockels der Schlossfreiheit, des ehemaligen Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. Viele Orte in Berlin erzählen von der Brutalität des Eisernen Vorhangs und von der Freude über den Mauerfall und die Vereinigung: das Brandenburger Tor, der Alexanderplatz, der Checkpoint Charly, die Bernauer Straße, die Bornholmer Straße, der Tränenpalast und viele weitere. Die Schlossfreiheit aber hat mit der Geschichte der friedlichen Revolution absolut nichts zu tun. Die historischen Bezüge, die die



Foto: Milla & Partner/Sasha Waltz

Standortwahl begründen sollen, klingen konstruiert. Dass die Schlossfreiheit einst dafür stand, dass Bismarck und Wilhelm I. Deutschland „von oben“ geeint haben, wie es jetzt durch die Bürgerproteste „von unten“ vereint worden ist, wirkt sehr bemüht.

### Ein Spielzeug der Spaßgesellschaft

Eine große begehbare und bewegbare Schale wird dem Schlossneubau zentral gegenübergestellt. Der Schlossbau aber kann den Makel der gezielten Auslöschung der DDR-Geschichte nicht abstreifen. So wird die „Einheitswippe“ symbolisch mitverantwortlich werden für die Entsorgung der DDR-Geschichte. Das Wippen der Schale birgt die Gefahr, mehr als Spielzeug der heutigen Spaßgesellschaft denn als Würdigung der Bürgerbewegung verstanden zu werden. Und auch die Inschrift „Wir sind das Volk – wir sind ein Volk“ hat den Beigeschmack der Vereinnahmung der Leipziger Montagsdemonstrationen für Berlin.

Ist das alles im Sinne der ostdeutschen Bürgerbewegung und der friedlichen Revolution?

Dieses Denkmal an diesem Ort trifft nicht den richtigen Ton. Die Entscheidung des Bundestages und das Festhalten an diesem Projekt wirken mehr wie eine symbolische Entschuldigung der „Wessis“ für die vielfachen Demütigungen, die sie den „Schwestern und Brüdern im Osten“ nach der Vereinigung angetan haben. Ein überzeugendes Zeichen für die friedliche Revolution von 1989 wird es wohl kaum. Darum werden sich die Menschen weiterhin am Brandenburger Tor versammeln, wenn die Hauptstadt am 9. November die Maueröffnung oder am 3. Oktober den Tag der Vereinigung feiert.

FRANZISKA EICHSTÄDT-BOHLIG

### Geschichte eines Denkmals

Am 9. November 2007 beschließt der Bundestag den Bau des Denkmals, Anfang 2009 wird ein offener Wettbewerb ausgelobt, aus dem In- und Ausland gehen 532 Entwürfe ein. Die 19-köpfige Jury kann sich aber nicht entscheiden, bricht den Wettbewerb ab. Der Bundestagsausschuss für Kultur und Medien beschließt am 1. Juli 2009 einen zweiten Wettbewerb, für den 30 Teilnehmer ausgesucht werden. Am 3. Oktober 2010 werden drei Wettbewerbsgewinner präsentiert. Das Preisgericht empfiehlt allerdings, dass auch die drei preisgekrönten Entwürfe noch einmal überarbeitet werden. Am 13. April 2011 wird bekannt gegeben, dass sich die Jury für das Monument „Bürger in Bewegung“ der Agentur Milla & Partner und der Choreographin Sasha Waltz in der Form einer großen begehbaren Schale entschieden hat.

## Grüne PolizistInnen

## Ein Weg aus der Rolle der doppelten Exoten

Auch wenn mit Irene Mihalic aus Nordrhein-Westfalen nun erstmals eine Polizeibeamtin für die Grünen im Bundestag sitzt: Grüne PolizistInnen sehen sich meist in der Rolle seltener Exoten und das dann auch gleich doppelt – sowohl im Kreis der Kollegen als auch in der Partei. Armin Bohnert ist in dem immerhin recht großen Kreisverband Freiburg der einzige Polizist, an seinem Arbeitsplatz, der Hochschule der Polizei, der einzige Grüne. Ein neuer Verein, der auch schon in Berlin erste Wurzeln geschlagen hat, könnte helfen, grüne PolizistInnen aus dieser Exotenrolle herauszuholen. Armin Bohnert ist Vorsitzender von PolizeiGrün e.V.

Hervorgegangen ist der Verein aus einer Unterarbeitsgruppe in der Landesarbeitsgemeinschaft „Demokratie, Recht und Innere Sicherheit“ der Baden-Württemberger Grünen. Armin Bohnerts Erfahrung mit der Partearbeit eines grünen Polizisten: Berührungsängste gegenüber der Polizei gibt es in der Partei zwar nicht, doch von tatsächlicher Kenntnis des Polizistenalltags kann auch bei grünen MandatsträgerInnen in der Regel nicht wirklich die Rede sein. Dazu ein Problem in der Landesarbeitsgemeinschaft: Die diskutierte zwar intensiv neue Konzepte für die innere Sicherheit, entwickelte Positionen, die inzwischen sogar Einzug in den grün-roten Koalitionsvertrag fanden – aber an den konkreten Problemen der PolizistInnen, etwa bei Fragen des Dienstrechts oder der Besoldung, zeigten die meisten LAG-Mitglieder allenfalls geringes Interesse. Und dass sich die grünen PolizistInnen von sich aus, sozusagen außerhalb des „parteiinternen Dienstweges“, an MandatsträgerInnen wenden, sahen die Gremien nicht besonders gern.

## Ein Zeichen des Vertrauens

Da hat ein inzwischen bundesweit agierender Verein, offen auch für Nicht-Parteimitglieder, einen ganz anderen Stand, kann unabhängig von Gremienbeschlüssen gegenüber der Partei die Stimmung unter der Polizei vermitteln, unter PolizistInnen für grüne Positionen werben.

Dabei steht PolizeiGrün mitunter ganz allein, auch gegen alle anderen Organisationen der Polizei, von der eher konservativ orientierten Polizeigewerkschaft im Beamtenbund bis zur Gewerkschaft der Polizei im DGB. Die Kennzeichnungspflicht für Polizisten etwa bei Demonstrationseinsätzen, wie sie Bündnis 90/Die Grünen fordert, wird praktisch von allen Polizei-Organisationen als rotes Tuch betrachtet. Wie soll man da unter PolizistInnen erfolgreich dafür werben?

Die Antwort von PolizeiGrün: Indem man ihnen erklärt, dass die Kennzeichnung kein Zeichen des Misstrauens, sondern im Gegenteil ein Vertrauensvorschuss an die ganz überwiegende Mehrheit der Einsatzkräfte ist. Die machen ihre Arbeit nämlich im Rahmen der rechtlichen Bedingungen und dazu stehen auch die Mitglieder von PolizeiGrün. Doch gerade deshalb kann man es nicht hinnehmen, dass einzelne schwarze Schafe mit ihrem Fehlverhalten die ganze Polizei in Verruf bringen. Solche schwarzen Schafe müssen identifiziert und auch zur Verantwortung gezogen werden, wenn die Bevölkerung nicht das Vertrauen in die Polizei verlieren soll.

Doch über die Identifizierung von schwarzen Schafen bei Demonstrationseinsätzen hinaus, so Bohnert, benötigt die Polizei eine neue Kultur beim Umgang mit gemachten Fehlern. Das sei auch eine Lehre aus den Untersuchungsspannen bei der Aufklärung der NSU-Morde.

Helfen könnte da ein Ombudsmann, eine nicht zur Polizei gehörende Beschwerdestelle, an die sich ein Bürger mit seiner Klage über die Polizei wenden kann. Solche externen Beschwerdestellen sind etwa in den USA allgemein üblich, hat es versuchsweise auch schon in Deutschland gegeben. Wenn man den BeamtInnen klar macht, dass sie von einem solchen Ombudsmann, einer externen Beschwerdestelle nichts zu fürchten haben, könnten die sich damit durchaus anfreunden. Schließlich würde diese Stelle ja auch PolizistInnen, die Grund zur Klage haben, offen stehen.

## Frauen und Migranten fördern

Ein anderes Feld, das es zu bearbeiten gilt: Die Förderung von Frauen bei der Polizei, die Förderung von BewerberInnen mit Migrationshintergrund. Denn auch in den Bundesländern, die sich das offiziell für ihre Polizei längst auf die Fahnen geschrieben haben, gibt es in der Praxis noch immer gewaltigen Nachholbedarf. Und im Behördenalltag gilt es, bei Einstellungen und Beförderungen darauf zu achten, dass die Förderung von Frauen nicht gegen die Förderung von BeamtInnen mit Migrationshintergrund ausgespielt wird. Wobei: Interkulturelle Kompetenz sollte nach Auffassung von PolizeiGrün für alle PolizistInnen, nicht nur bei denen mit Migrationshintergrund, zur Ausbildung gehören.

## PolizeiGrün: von einer Landes-Unterarbeitsgruppe zum bundesweiten Verein

Gegründet wurde der Verein unter dem Namen „Verein grüner und Grünen-naher Polizeibediensteter“ im November 2013 in Karlsruhe mit zehn Mitgliedern; inzwischen zählt er knapp zwei Dutzend aktive Mitglieder aus mehreren Bundesländern, gibt es in seinem Umfeld rund 200 Interessierte. Die aktive Mitgliedschaft steht jedem Bediensteten der Polizei und Pensionären offen. Daneben gibt es eine Fördermitgliedschaft, die auch von juristischen Personen, also etwa anderen Vereinen oder

Organisationen, beantragt werden kann. In der Präambel der Satzung heißt es: „Bestandteil einer modernen BürgerInnengesellschaft ist auch eine weltoffene, tolerante und diskriminierungsfreie Polizei. Die Gründung des Vereins soll dazu beitragen, die Polizei modern fortzuentwickeln und den Rückfall in alte Strukturen zu vermeiden. Als grüne und grünnahe Polizeiangehörige ist es uns ebenfalls ein Anliegen insbesondere zwischen der Partei Bündnis90/Die Grünen und den Polizeibediensteten eine Verständigungsbasis zu bilden und den gegenseitigen Respekt und das gegenseitige Verständnis zu fördern.“

## Luft nach oben

Angesichts der knappen Kassen in den Bundesländern steht nicht nur für PolizeiGrün eine grundsätzliche Diskussion über die Aufgaben der Polizei auf der Agenda. Ist es zum Beispiel wirklich nötig, dass die Polizei unentgeltlich zu jedem Unfall mit Blechschaden ausrücken muss, kommerzielle Großereignisse wie etwa Bundesliga-Fußballspiele auch Großeinsätze der Polizei erfordern, für die dann der Steuerzahler aufzukommen hat, hinterfragen die grünen PolizistInnen, wissen sich da auch mit den KollegInnen insbesondere der Gewerkschaft der Polizei im DGB weitgehend einig.

Aus grüner Sicht sei die Polizei in Berlin, etwa bei der Förderung von Frauen oder MigrantInnen, schon um einiges weiter als die Polizeibehörden anderer Länder, meint Oliver von Dobrowolski, aus Berlin Beisitzer im Vorstand von PolizeiGrün, stellt dazu aber auch noch fest: Reichlich Luft nach oben gibt es dabei auch noch hier.

PolizeiGrün sieht er vor allem als Brückenkopf zwischen der Partei und den PolizistInnen, als die Instanz, die den Grünen das Feingefühl vermittelt, mit dem man erfolgreich auch bei den BeamtInnen um Sympathien wirbt.

Doch wie erklärt man PolizistInnen, die sich vielleicht gerade wieder einmal nach

einem in der Öffentlichkeit umstrittenen Einsatz von der Politik und den PolitikerInnen allein gelassen fühlen, dass die Grünen auch ihre Partei sind? Oliver von Dobrowolski: Dass Renate Künast im Berliner Abgeordnetenhauswahlkampf sich gegen den Personalabbau gewandt hat, für die Einstellung junger BeamtInnen eingetreten ist – das hat das Ansehen der Grünen in der Reihen der Polizei jedenfalls schon einmal ein gutes Stück nach vorn gebracht.

Mehr Informationen im Internet unter [www.polizei-gruen.de](http://www.polizei-gruen.de), Kontakt für Berliner Interessierte unter [oliver.vondobrowolski@polizei-gruen.de](mailto:oliver.vondobrowolski@polizei-gruen.de).

DETLEF FRITZ



Fotomontage: Kalle Erlacher

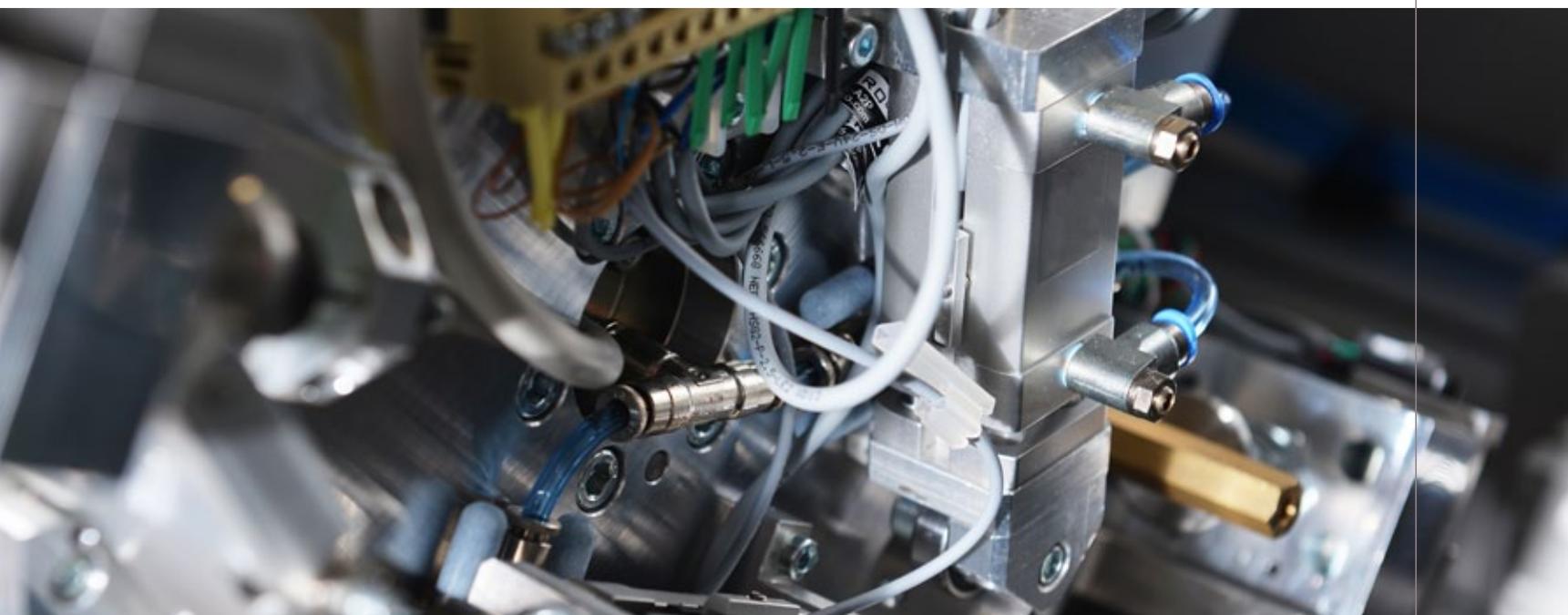


Foto: Denis Tabler

## Grüne Wirtschaftspolitik – mehr als Photovoltaik und Windkraft

Selbst für viele Bündnisgrüne gilt: Unter „grüner Wirtschaftspolitik“ versteht man die Förderung erneuerbarer Energien, das Setzen auf Sonne und Wind, dazu auf ökologische Anbaumethoden in der Landwirtschaft. Aber Grüne und die klassische Schwerindustrie – wie soll denn das zusammenpassen?

Das passt zwar sicherlich schwer, muss aber passen. Denn am besten durch die Wirtschafts- und Finanzkrise kamen diejenigen europäischen Länder, die sich zuvor als Industriestandorte behauptet haben, die ihre Zukunft nicht allein im Dienstleistungssektor sahen. Auf der Europa-Wahlkampfveranstaltung „Grünes Europa – ein Gewinn. Auch für die Wirtschaft.“ der bündnisgrünen Kreisverbände Berlin-Südwest zog der Europaparlamentarier Reinhard Bütikofer daraus die Schlussfolgerung: Grüne Wirtschaftspolitik dürfe sich nicht auf die Förderung von Erneuerbaren Energien wie Windkraft und

Photovoltaik beschränken, sondern müsse auch die Rückkehr der Industrie im Auge haben.

### Verbände beharren auf dem Status Quo

Außer vielleicht an die Öl- und Atomindustrie sei grüne Politik mit der Förderung ökologischer Innovationen schließlich auch ein Angebot an alle Branchen, meinte der grüne Vertreter im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments. Die Durchsetzung von Energieeffizienz beispielsweise ist ein ökonomisch messbarer Gewinn für alle Unternehmen.

Trotzdem dürfen die Grünen kaum darauf hoffen, in sämtlichen Vorstandsetagen der Industriekonzerne mit offenen Armen empfangen zu werden. Eine nachhaltige Industriepolitik ist nämlich noch längst nicht das Leitbild der Lobbyverbände, merkte Bütikofer dazu an. Gerade in der Stahlindus-

trie versuchen die Lobbyisten massiv, die Klimapolitik offiziell zu beenden, den Status Quo zu festigen, setzen auf europäischer Ebene auf Öko-, Steuer- und Sozialdumping. Gegen solche Bestrebungen habe die grüne Politik vehement anzugehen.

Grüne Industriepolitik, so Bütikofer, habe die grundsätzliche Frage zu stellen, welche Bereiche man nach vorne bringen will, dürfe dabei aber nie die soziale Komponente außer acht lassen. Das heißt aber auch: Grüne müssen die Arbeitsplatzsorgen der Menschen ernst nehmen. Wenn ein umweltzerstörender Großbetrieb in einer Region der einzige Arbeitgeber ist, treten Grüne selbstverständlich dagegen an. Vor Ort Erfolge erzielen werden sie aber nur, wenn sie den Menschen dabei aber auch eine praktische wirtschaftliche Perspektive ohne Umweltzerstörung zeigen können.

DETLEF FRITZ

### UnternehmensGrün – wer, wann, wo, was?

Der Verein UnternehmensGrün wurde 1992 gegründet, ist in Regionalgruppen organisiert und auch in Berlin und Brandenburg aktiv. Mitglied kann für einen Jahresbeitrag von 650 Euro jeder Selbständige, Unternehmer oder auch angestellte Geschäftsführer werden. Für Start-Up-Unternehmer gibt es die Mitgliedschaft ab 325 Euro. Dafür geboten werden unter anderem Seminare, Vorträge, Tagungen – und vor allem die Vernetzung

ökologisch engagierter UnternehmerInnen. Die Mitglieder von UnternehmensGrün vertreten meist kleine bis mittelständische Betriebe. Sie entstammen den verschiedensten Branchen – von der Brauerei oder dem Maschinenbau-Unternehmen bis zur Werbeagentur oder dem Rechtsanwalt, vom Bauunternehmer bis zur Fahrschule. Dabei ist der Handel ebenso vertreten wie Dienstleistungen oder das produzierende Gewerbe. Mit dem Vereinsziel „Förderung des Umweltschutzes“ ist UnternehmensGrün e.V. als gemeinnützig anerkannt.

## Lobby-Arbeit für nachhaltige und soziale Unternehmenskultur

*Wegen seines persönlichen Verdienstes zahlt der Besitzer einer Bäckerei-Kette vielleicht zwar noch den höchsten Einkommenssteuersatz, steht aber gleichzeitig mit seinem Unternehmen unter dem existenzbedrohenden Druck der Konkurrenz von Starbucks. Und der Bäckerei-Besitzer weiß natürlich, dass dieser internationale Konzern so gut wie gar nichts an den deutschen Fiskus zahlt. Wie erklärt man diesem mittelständischen Unternehmer nun ein gerechtes Steuermodell? Mit dem Vorschlag, den Einkommenssteuersatz zu erhöhen, sicher nicht...*

Mit diesem Beispiel illustriert Klaus Stähle gern die Defizite grüner Wirtschaftspolitik. Natürlich gebe es einzelne grüne MandatsträgerInnen, die sehr wohl Verständnis für die Belange der Wirtschaft aufbrächten, sagt der Inhaber einer Berliner Anwaltskanzlei, aber kaum ein selbständiger Unternehmer oder Geschäftsführer einer größeren Firma säße etwa für die Grünen im Parlament, würde dort seine praktischen Erfahrungen einbringen. Dabei sind diese Erfahrungen bei den Grünen und im sympathisierenden Umfeld durchaus vorhanden. Klaus Stähle ist der Vorsitzende von UnternehmensGrün, einem Zusammenschluss von über 150 Selbständigen, Unternehmern und Geschäftsführern der unterschiedlichsten Branchen, die sich dem ökologischen und sozialen Wirtschaften verpflichtet fühlen.

### Auch Grüne müssen sich am Markt behaupten

Chef oder Chefin eines ökologischen „Musterbetriebes“ zu sein, ist dabei nicht die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft bei UnternehmensGrün. Die Firmen müssen sich schließlich auf dem Markt behaupten. Doch letztlich erfolgreich am Markt operieren, so der Grundgedanke, werden eben jene Unternehmen, die ökologisch und nachhaltig wirtschaften, fair mit Partnern und Kunden umgehen, die – auch im Wettbewerb um die besten Köpfe – eine soziale

Firmenkultur etwa mit nachvollziehbarer und transparenter Gehaltsstruktur entwickeln.

Das klingt zwar einleuchtend, ist im grauen Wirtschaftsalltag aber nicht unbedingt so einfach umzusetzen. Deshalb heißt es auch in einem Positionspapier: „Rahmenbedingungen entscheiden darüber, ob ökologisches Wirtschaften zum Regelfall wird, indem negative Umwelteffekte entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Kosten behandelt bzw. sanktioniert werden. Umweltschonende Wirtschaftsweisen sind ein volkswirtschaftlich-ökonomischer Garant, der als solcher auch wettbewerbsfähig zu behandeln ist. Konventionelles, im Sinne von Umweltaspekten vernachlässigendes Wirtschaften darf sich nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit rentieren.“

### Ökologische Wirtschaft noch kein Regelfall

In diesem Sinn betreibt UnternehmensGrün Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern, mit Ministerien, Parteien, Verbänden, bezieht durch Veranstaltungen und Erklärungen Stellung zu politischen Entwicklungen, nicht nur zu Fragen einer angemessenen Konzernbesteuerung.

### Kleine zahlen Subventionen für die Großen

Aktuell auf der Agenda steht da natürlich die Auseinandersetzung um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die klare Position von UnternehmensGrün: Die Förderung der erneuerbaren Energien muss grundsätzlich beibehalten werden – aber die großzügige Befreiung von der Umlage, die die Bundesregierung den großen Industriebetrieben zugesteht, dürfe so nicht bleiben. Die dafür aufgemachte Rechnung von UnternehmensGrün: 6,28 Cent pro Kilowattstunde Strom zahlt jedes kleine und mittelständische Unternehmen, das nicht von der Befreiung profitiert. Von diesen 6,28 Cent fließen 1,38 Cent in die Finanzierung der „Ausnahmeregelungen“ – eine Subventionierung der Großen durch die Kleinen, eine eindeutige Wettbewerbsverzerrung.

Auch wenn die Mehrheit der Vereinsmitglieder wohl grün oder grünnah ist: UnternehmensGrün ist eine überparteiliche Organisation, unterhält Kontakte zu Vertretern aller Parteien, und im Vorstand, so weiß Vereins-Geschäftsführerin Katharina Reuter, sitzt auch ein SPD-Mitglied.

Mehr Information im Internet: [www.unternehmensgruen.org](http://www.unternehmensgruen.org)

DETLEF FRITZ

# jobcenter

Berlin Friedrichshain-Kreuzberg



Foto: Christian Kölling

## Jobcenter:

### Ein Ombudsmann für die Konflikte um Hartz IV

*Müssen sich Hartz-IV-BezieherInnen und Jobcenter-VertreterInnen wirklich immer häufiger als Prozessgegner vor dem Sozialgericht treffen? Ein unabhängiger Ombudsmann könnte vielleicht manchen Streit im Vorfeld klären, Betroffenen zu ihrem Recht verhelfen, meinten die Grünen, beantragten im Abgeordnetenhaus die Einrichtung solcher Ombudsstellen auch für die Berliner Jobcenter – so, wie sie in Essen, Hamm und Münster längst üblich sind. In Berlin wurde daraus zumindest ein auf ein Jahr befristeter Modellversuch. Für den wird demnächst Bilanz gezogen.*

Seit 1. August 2013 besetzt Uwe Hilgendag diese beim Friedrichshain-Kreuzberger Sozialstadtrat angesiedelte ehrenamtliche Ombudsstelle für das örtliche Jobcenter. Als ehemaliger Teamleiter aus dem Leistungsbereich des Jobcenters brachte der Pensionär dafür auch die erforderliche Erfahrung mit. Jetzt befasst er sich als unparteiische Instanz mit Anregungen, Kritik und Beschwerden, versucht, in Streitfällen unbürokratisch zwischen den Betroffenen und Jobcenter zu vermitteln. Einmal wöchentlich hält er dafür seine Sprechstunde in den Räumen der Jobassistenz in der Rudi-Dutschke-Straße 5 ab.

#### Für richtige Beratung fehlt die Zeit

„Es ist kein Vertrauen mehr zwischen Bürgern und Behörde vorhanden. Oft fehlt die Zeit für eine ordentliche Beratung. Der Mensch wird in immer mehr Einzelteile zerlegt. Je mehr man den Menschen zerlegt, desto schwieriger wird das Problem“, schildert Uwe Hilgendag das

Dilemma der täglichen Arbeit in den Jobcentern. Anders als in seinem früheren Berufsleben ist er als Ombudsmann nicht mehr an Fallzahlen, Kennziffern und Zielwerte gebunden, kann er jetzt jeden Klienten ganzheitlich als Menschen in seiner jeweils speziellen Lebenssituation sehen.

Von August 2013 bis März 2014 betreute er so insgesamt 203 Fälle. Dabei ging es vor allem um Kosten der Unterkunft, Anrechnung von Einkommen und Rückforderungen der Jobcenter. Eine anwaltliche Beratung oder den Besuch in einer Beratungsstelle für Arbeitslose, das betont Uwe Hilgendag, kann und will seine ehrenamtliche Arbeit nicht ersetzen. Vielmehr geht es ihm darum, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen und möglichst helfend einzugreifen, bevor das sprichwörtliche Kind in den Brunnen gefallen ist.

Eine Voraussetzung der Ombudsarbeit ist ihre Unabhängigkeit. Weder nimmt der Ombudsmann Weisungen des Jobcenters entgegen noch kann er dem

Jobcenter Weisungen erteilen. Uwe Hildenag: „Ich bin keine Beratungsstelle, sondern Mittler oder Mediator.“ Doch was die Ratsuchenden und Beschwerdeführer bei ihm vorbringen, soll auch helfen, die Arbeit des Jobcenters zu verbessern. Einmal monatlich informiert der Ombudsmann den Geschäftsführer des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg über Art und Inhalt der Anliegen und Beschwerden, berichtet außerdem regelmäßig der Trägerversammlung.

Ende Juli ist das erste Jahr des Modellversuches vorüber. Sabine Bangert, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, zieht eine positive Bilanz: „Ich hoffe, dass die Arbeit der Ombudsstelle verstetigt und dieses erfolgreiche Modell auf alle Berliner Jobcenter übertragen werden kann“. Die grüne Arbeitsmarkt-Expertin ist sich sicher, dass die Einrichtung zusätzlicher Ombudsstellen die Klageflut vor dem Sozialgericht deutlich reduzieren könnte.

CHRISTIAN KÖLLING

## Nur wenig Vertrauen in die eigene Behörde

Nicht nur die Betroffenen sind gegenüber den Jobcentern skeptisch, auch unter den Mitarbeitern ging viel Vertrauen in die eigene Behörde verloren. Bereits vor einem Jahr traten die Personalräte der Berliner Jobcenter mit einem kritischen Papier an die Öffentlichkeit, stellten darin fest, dass etliche der Probleme, mit denen die Mitarbeiter konfrontiert sind, auch nicht das Resultat hausinterner Fehlentscheidungen oder das Ergebnis undurchdachter Anweisungen der Zentrale sind. Die Personalräte: „Viele der Missstände wurden und werden von der Regierung und damit gleichzeitig dem Gesetzgeber verursacht und über das zuständige Ministerium in die operativen Umsetzungsebenen hineingetragen. Ständige Umstrukturierungen, Gesetzesänderungen, veränderte Arbeitsabläufe und Durchführungsanweisungen lassen keine kontinuierliche Arbeit zu. Die immer noch hohe Personalfuktuation behindert ebenfalls eine stabile Beratungssituation.“

## Zur Diskussion um den „Genderstar“

### Hallo Fräulein! Entschuldigen Sie, junger Mann!

Wer fühlt sich angesprochen? Wer denkt sofort an Dialoge in den Süßholzkomödien der 50er Jahre? Mit dem Binnen-I machten und machen wir Grünen die Frauen in der Sprache sichtbar. Wir haben uns beim Lesen an TouristInnen, ChristInnen, RadfahrerInnen, SchlachterInnen und alle anderen gewöhnt. Lesen über sie hinweg und denken an Frauen und Männer auf dem Rad oder in ihren Berufen und sie/er fühlt sich angesprochen. Immer öfter nun liest sie/er von Tänzer\*innen, Wissenschaftler\*innen und Biobäuer\*innen. Was soll der \*? Durch die Lücke nochmal mehr auf die Endung -innen aufmerksam machen? Nein, der Gender-Star geht weiter, die (heutigen) Geschlechterklischees werden durch seine Verwendung neu hinterfragt, die Geschlechtervielfalt über Frau und Mann hinaus dargestellt.

#### Wir wollen alle ansprechen

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit ihrer Gründung für die konsequente Gleichstellung von Menschen aller Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen ein. Insbesondere kämpfen wir auch für die Rechte von Transgendern, Transsexuellen und Intersexuellen, deren Menschenrechte noch immer mit Füßen getreten werden. Viele von ihnen leiden unter der starren gesellschaftlichen Einteilung der Geschlechter in „männlich“ und „weiblich“ und leben ihre Geschlechtsidentität jenseits der überkommenen Geschlechtergrenzen.

Wir Grüne erkennen diese Geschlechtervielfalt als gesellschaftliche Realität an. Für uns ist es daher selbstverständlich, allen Formen der Diskriminierung aufgrund der

Geschlechtsidentität aktiv entgegenzutreten – sei es Sexismus, Trans- oder Homophobie.

Bisher haben wir uns als Partei auf unterschiedlichste Weisen für die Geschlechtervielfalt und ihren Schutz vor Diskriminierung eingesetzt. Wer heute bei den Grünen Mitglied wird, kann sich frei entscheiden, ob als Geschlecht weiblich, männlich oder keine Angabe in der Datenbank hinterlegt wird. So fordern wir es auch für Personenstandsmerkmale in offiziellen Dokumenten. Und wir wollen die geschlechtlichen Rollenklischees in der Gesellschaft hinterfragen, egal ob an Schulen, bei der Ausbildung oder in der Wirtschaft.

#### Beitrag zur Inklusion

Die Sensibilisierung für geschlechtliche Vielfalt und die Macht der Geschlechterrollen wird aber vor allem an einer Stelle mächtig: in der Sprache. Frauen in der Sprache sichtbar zu machen, war daher eines der Grundanliegen unserer Partei.



Selbstverständlich gendern wir daher alle unsere Texte. An dieser Stelle möchten wir einen Schritt weitergehen und auch die Geschlechtervielfalt über Männer und Frauen hinaus in der geschriebenen Sprache sichtbar machen. Dazu soll bei allen offiziellen Texten, Beschlüssen, etc. der Genderstar (Bsp.: „Bürger\*innen“) zum Einsatz kommen.

Wir sehen die Verwendung des Genderstars als aktiven Beitrag zur Inklusion von Menschen aller Geschlechtsidentitäten und damit als einen kleinen Schritt, um Diskriminierung entgegenzutreten – nach innen, aber auch als klares politisches Statement nach außen.

ULLI REICHARDT  
SPRECHER LAG QUEERGRÜN

Wir haben für unsere „Amtszeit“ als Redaktion aus Gründen der Lesbarkeit entschieden, beim eingeführten und gewohnten „Binnen-I“ zu bleiben. Das betrifft diese und die nächste Ausgabe der stachligen grünen Argumente. Danach wird es eine neue Redaktion geben, die neu entscheiden könnte.

DIE REDAKTION

## Zur Gesprächsreihe „Kulturförderung in Berlin“

# Ein Akt der Balance

Freie Szene, was ist das eigentlich? Dazu zählen freie Theater- und Musikensembles, freie Spielstätten ebenso wie die freiberuflichen KünstlerInnen aller Sparten. Alles in allem geht es um rund 40 000 Menschen, gegenüber etwa 2 000 Festangestellten an Berliner Kulturinstitutionen. Es handelt sich einerseits um einen Begriff aus der Fördersystematik, aber auch um eine Produktions- und Daseinsform, der die übergroße Mehrheit aller KünstlerInnen zuzurechnen ist. Auch viele von denen, die in geförderten Häusern auftreten. Eine Daseinsform, die oftmals Kreativität und künstlerische Innovation freisetzt. Und eine, die ohne Geld leben kann – das jedenfalls scheinen einige zu meinen. Denn als man ihnen die Mittel kürzte, geschah ein Wunder: Sie machten trotzdem weiter. Und weil das Leben in Berlin vor Jahren – wer erinnert sich? – vergleichsweise günstig und die Stadt chronisch pleite war, durfte sich die Stadt jahrelang zu Sonderkonditionen mit einer florierenden freien Szene schmücken.

### Prekäre Situation vieler Kreativer

Diese Zeiten sind leider vorbei. Die prekäre Situation vieler KünstlerInnen der Stadt führte 2011 zur Gründung der Koalition der Freien Szene – der ersten spartenübergreifenden Aktionsplattform für die Interessen freier Kunstschaffender in Berlin.

Wichtig ist die freie Szene nicht nur für das Image der Stadt, sondern auch für die großen Kulturinstitutionen, für die die freie Szene ein schier unerschöpfliches Reservoir an Ideen sowie professionellen KünstlerInnen bereithält. Manche PolitikerInnen glauben jedoch, diese nicht wahrnehmen zu müssen – sie kosten nichts,

also sind sie unbedeutend, also verdienen sie keine Förderung, also kosten sie nichts...

### Auf Augenhöhe begegnen

Dem jahrelangen Einsatz von Bündnis 90/Die Grünen wie auch der Dringlichkeit der Thematik ist es geschuldet, dass zahlreiche Schlüsselfiguren der Berliner Kulturlandschaft der Einladung zu der sechsteiligen Reihe von Werkstattgesprächen zur Reform der Kulturförderung folgten. Bei der Auftaktveranstaltung saßen unter anderem die künstlerische Leiterin der Sophiensäle, Franziska Werner, sowie die Intendanten von Deutscher Oper und Deutschem Theater, Dietmar Schwarz und Ulrich Khuon, auf dem Podium.

Die Gesprächsreihe bietet der Politik, den Fördereinrichtungen wie auch den Kulturakteuren die Chance, einander auf Augenhöhe zu begegnen, einen Schritt aus dem alltäglichen Klein-Klein zurückzutreten und grundsätzlich über die Dinge zu reden. Alle „Stakeholder“ eint das Interesse an einer Reform der Kulturförderung – es geht keineswegs darum, Institutionen einfach etwas wegzunehmen und den Freien mehr zu geben. Vielmehr müssen mit Augenmaß, aber mutig in die historisch, nicht systematisch gewachsene Förderlandschaft Breschen geschlagen werden. Warum kommt die neue Citytax nicht wie versprochen der freien Kulturszene zugute? Wieso bleiben in Berlin lebende ausländische KünstlerInnen bei der Förderung oftmals außen vor? Warum werden einige große, von etablierten Institutionen ausgerichtete Festivals Jahr für Jahr aus dem Hauptstadtkulturfonds gefördert und schlucken somit massenweise Projektmittel, die der freien Szene zugutekommen sollten?

Wie können einige Institutionen trotz verlässlicher Förderung künstlerisch dynamisiert werden? Wie können wir durch Kooperationen zwischen Freier Szene und Institutionen Synergien erzielen? Wie evaluiert man den Erfolg künstlerischer Projekte? An Gesprächsgegenständen mangelt es nicht.

### Interdisziplinäres Arbeiten und Denken

An sechs Abenden wurde und wird die Situation der Kulturförderung erörtert. An jedem der vier spartenspezifischen Abende treffen nicht nur jeweils ein „Pate“ bzw. eine „Patin“ aus etablierten Institutionen sowie freier Szene, sondern zahlreiche VertreterInnen aus allen Teilen der jeweiligen Kunstsparte mit allen anderen Interessierten zusammen. Im Fall der Literatur bedeutet dies, dass Verlage, AutorInnen, Agenturen, ÜbersetzerInnen ebenso vertreten sein werden wie die Lettrétage als frei arbeitende Spielstätte und die Literaturwerkstatt als fest geförderte Institution.

Besonders begrüßenswert ist das Mitdenken interdisziplinärer Prozesse. Interdisziplinäres Arbeiten entspricht heute der Lebensrealität einer wachsenden Zahl von KünstlerInnen – in der Förderlandschaft ist diese Produktionsform jedoch bislang weitestgehend ein blinder Fleck. Eines von zahlreichen Themenfeldern, auf denen die Werkstattgespräche Impulse setzen können.

**MORITZ MALSCH**  
GERMANIST UND MUSIKWISSENSCHAFTLER, LEKTOR UND ÜBERSETZER, IST MITBEGRÜNDER DES LITERATURHAUSES LETTRÉTAGE, EINER FREIEN SPIELSTÄTTE, DIE SICH INSBESONDERE UM DIE VERNETZUNG DER FREIEN LITERATURSZENEN EUROPAS SOWIE UM NEUE FORMATE LITERARISCHER VERANSTALTUNGEN BEMÜHT. [WWW.LETTRETAGE.DE](http://WWW.LETTRETAGE.DE)



Foto: Wikifreund

## Kulturförderung neu denken

Berlin ist Magnet für die Kulturszene aus der ganzen Welt. Der Aufschwung der vergangenen Jahre, der Bevölkerungszuwachs und der florierende Tourismus sind laut Umfragen ganz maßgeblich der Kulturlandschaft zu verdanken, insbesondere auch der vielfältigen „freien Szene“.

### Geringe Wertschätzung für freie Szene

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht nachvollziehbar, wie wenig Wertschätzung den „Freien“ seitens der Politik entgegen gebracht wird. Ein Blick in den Kulturhaushalt belegt dies recht drastisch: 95 Prozent der Kulturförderung in Berlin sind institutionell gebunden. Damit bleibt wenig Spielraum für eine Reaktion auf künstlerische Entwicklungen.

Die letzten Haushaltsverhandlungen verliefen für mehr Balance in der Kulturpolitik. Die jüngsten Juryentscheidungen

zur Förderung freier Gruppen offenbarten das ganze Dilemma, als namhafte Gruppen aus der Förderung fielen. Es ist klar: Berlin muss die Kulturförderung reformieren und die Strukturen weiter entwickeln.

### Wenig Austausch zwischen Politik und Kultur

Bisher gab es wenig Austausch zwischen Politik und den verschiedenen Sparten sowie der regelmäßig geförderten und der freien Szene. Keiner der Beteiligten will die Verteilungsfrage stellen, denn es wäre naiv zu erwarten, an der einen Stelle gekürzte Mittel würden woanders im Kulturtopf wieder auftauchen. Ein Gegeneinander-Auspielen nutzt niemandem. Deutlich wurde jedoch, dass es strukturelle Veränderungen für Kooperationen mit den Häusern, für die Aufgabenteilung unter den Einrichtungen und die zeitliche und inhaltliche Abstimmung für freie Fördermittel geben muss.

Es gilt, „der Kultur“ ihren Anteil – substantiell und finanziell – langfristig zu sichern. Heißt aber auch: Den Anteil für die freie Szene steigern. Denn Berlin kann wegen der guten konjunkturellen Entwicklung, aber auch wegen der City Tax, höhere Einnahmen erwarten, von denen über 70 Prozent angeben, sie kämen wegen der Kulturangebote in die Stadt.

Nicht nur die „freie Szene“ blickt hoffnungsfroh auf den neuen Kulturstaatssekretär Tim Renner. Er wird in den nächsten Haushaltsgesprächen harte Verhandlungen führen müssen. Entscheidend wird sein, welche Spielräume ihm der Regierende Bürgermeister und Kultursenator lässt.

**SABINE BANGERT, MDA**  
SPRECHERIN FÜR KULTURPOLITIK

### Gesprächsreihe Kulturförderung in Berlin

**29. September, 17:00 Uhr:**

Akt 3 Fokus Darstellende Künste / Deutsches Theater / mit Eva-Maria Hoerster, Ulrich Khuon und Franziska Werner

**10. November, 17:00 Uhr:**

Akt 4 Fokus Bildende Kunst / KunstWerke / mit Stéphane Bauer, Ellen Blumenstein und Dr. Thomas Köhler

**8. Dezember 18:00 Uhr:**  
Reprise: Ressortübergreifende Handlungsaufträge für eine Reform der Kulturförderung / im Abgeordnetenhaus / mit den Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Antje Kapek, Nicole Ludwig und Andreas Otto

Weitere Informationen unter [www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)

Die Gespräche sind öffentlich, wir laden herzlich dazu ein!

## Treprow-Köpenick

## Lebensraum bedrohter Tiere erhalten

Erst war die „Gleislinse“ der geschäftige Betriebsbahnhof Schöneweide, wurde dann ökologische Nische, soll jetzt Gewerbegebiet werden. Nur: Von den 46 Hektar des Geländes wurden inzwischen 19 als geschützte Naturräume ausgewiesen, Refugium bedrohter Tier- und Pflanzenarten, etwa von Steinschmätzer und Heidelerche, von Zauneidechse und Feldhase. Nun werden die Pflanzen zerstört, die meisten Tiere verdrängt, steht der Zauneidechse ein problematischer „Umzug“ bevor.

Eigentlich sagt das Gesetz: Lebensräume bedrohter Arten sind geschützt, und wenn schon Naturräume bebaut werden, muss ein Ausgleich her. Um den streng geschützten Arten einen Lebensraum im Bezirk zu sichern, beantragten die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung: Das Bezirksamt soll sich bei Senat und Deutscher Bahn dafür einsetzen, dass die geforderten Ersatzmaßnahmen möglichst nah gelegen in Treprow-Köpenick stattfinden. Doch entgegen dem darauf gefassten BVV-Beschluss ließ der Senat wieder einmal eine „Ausnahme“ von der Regel zu. Die Ersatzhabitate für die Zauneidechse liegen nun statt im Bezirk im Land Brandenburg, wobei den Tieren womöglich noch eine „Zwischenlagerung“ bevorsteht, bevor sie in den neuen Siedlungsraum gelangen. Ob sie das unbeschadet überstehen, ist eine offene Frage.

Dabei ist das, was hier passiert, keine Ausnahme mehr. Rund 150 Hektar werden jährlich in Berlin zugebaut, für 11 bis 15 Prozent davon sollte der Senat nach seiner Selbstverpflichtung der Europäischen Union Ausgleichsflächen melden. Tatsächlich gemeldet werden bisher ganze 6,1 Prozent. Und was die eigentlich unerwünschte Umsetzung bedrohter Tierarten

betrifft: Bisher wurden für die Zauneidechse 14 Ausnahmen für Umsetzungen erteilt, weitere sechs erfolgten im Rahmen von Planfeststellungsverfahren – ein Großteil davon in Treprow-Köpenick. Dazu werden die Bedingungen für solche Ausnahmen ständig „großzügiger“ ausgelegt.

So gehen Frischluftschneisen und Biotopverbunde immer mehr verloren. Dabei muss ein ökologisch zukunftsfähiges

Berlin den Spagat zwischen Flächeninanspruchnahme, urbanen und naturnahen Lebensräumen und Klimawandel schaffen, um die Lebensqualität seiner BewohnerInnen – auch der wilden – nachhaltig zu sichern!

ANDREA GERBODE  
VORSITZENDE DER GRÜNEN  
BVV-FRAKTION TREPTOW-KÖPENICK



Foto: Gerbode

## Pankow/Tempelhof-Schöneberg

## Einen Monat abgasfreier Kiez

*Verkehr funktioniert auch ohne Diesel und Benzin: Einen Monat lang wird ein ausgesuchter Kiez zur CO<sub>2</sub>-freien Zone erklärt, bleiben die Benziner draußen vor, nutzen die Anwohner die von Firmen wie Bosch, Mercedes oder Siemens zur Verfügung gestellten Elektroautos und E-Bikes. Als Eco-Mobility-Festival gab es das 2013 erstmals in Südkorea – sollte so auch in Berlin möglich sein. Denn die Idee des Eco-Mobility-Festivals kommt aus dem Städtenetzwerks ICLEI. Da ist Berlin immerhin Gründungsmitglied.*



Foto: JürgenG

In Pankow hatte der grüne Stadtentwicklungs-Stadtrat Jens-Holger Kirchner mit den Planungen für einen abgasfreien Helmholtzkiez begonnen – wurde dabei aber von SPD-Bezirks-

bürgermeister Matthias Köhne erst einmal gestoppt. Vom Tisch ist die Idee damit jedoch nicht. Denn es muss ja nicht unbedingt der Helmholtzkiez sein, sagen die Pankower Grünen, werben für einen „Wettbewerb der Kieze“. „Über die Größe und Form des Festivals können Sie mitentscheiden. Machen Sie mit: Planen und gestalten Sie dieses Event mit uns“, heißt es dazu in dem im Bezirk verteilten Flyer.

Die Pankower Grünen weiter: „Wenn die ganze Welt einen Monat lang auf Pankow blickt, ist das auch eine hervorragende Chance für den Tourismus und damit für den Einzelhändler im Kiez oder das Café um die Ecke!“

Solche Chancen wollen auch die Tempelhof-Schöneberger Grünen nutzen und formulierten einen Antrag für die Bezirksverordnetenversammlung: Danach soll das Bezirksamt prüfen, ob sich im Bezirk ein für das Eco-Mobility-Festival geeigneter Kiez findet. Dabei werden die Grünen es nicht mit einer „Prüfung durch das Bezirksamt“ belassen, denken an eigene Veranstaltungen etwa mit Experten aus anderen Städten. Die Bezirksverordnete Elisabeth Kiderlen: „Wichtig für den Erfolg des Projektes ist aber vor allem, dass von Anfang an die BürgerInnen an der Planung beteiligt werden.“

Dabei darf die Idee vom abgasfreien Kiez auch von anderen Bezirken aufgegriffen werden. Wer deswegen Kontakt zu den Pankower Festival-Planern sucht: Die E-Mail-Adresse lautet [gruen-mobil@gruene-pankow.de](mailto:gruen-mobil@gruene-pankow.de).

## Grüne Jugend Berlin

## Schwerpunkt Bildung, Wissenschaft und Technologie



Der neugewählte Landesvorstand der Grünen Jugend.

Hinten (v.l.): Leila, Freia, Charlotte, Patrick. Vorne: Robin, Ruth, Dora und Christoph.

Foto: Jan Schnorrenberg

Kurz vor der Europawahl führte die Grüne Jugend Berlin ihre erste ordentliche Mitgliederversammlung 2014 durch, legte da auch die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Arbeit fest: Bis zur Sommerpause geht es dabei um Europa, danach dann um das frisch gewählte Halbjahresthema „Bildung, Wissenschaft & Technologiepolitik“ als zweiten inhaltlichen Schwerpunkt in diesem Jahr.

In Anlehnung an das letzte Halbjahresthema wurde auf der Landesmitgliederversammlung ein Leiteintrag „Smash Patriarchy – Gleichberechtigung umsetzen!“ eingereicht und auch einstimmig beschlossen. Die Grüne Jugend Berlin positioniert sich damit unter anderem zum Aufbrechen von Rollenbildern, sexueller Diskriminierung, körperlicher Selbstbestimmung und sexistischer Werbung.

Der Antrag „Tierrechte praktisch umsetzen – Grüne Jugend Berlin übernimmt eine Tierpatenschaft“ wurde ebenfalls angenommen. Mit dem Beschluss „Ein Landesversammlungsgesetz für Berlin“ spricht sich die Grüne Jugend Berlin dafür aus, ein eigenes Landesversammlungsgesetz zu verabschieden. Nicht nur soll eine Kennzeichnungspflicht für alle Polizist\*innen, die in Berlin im Einsatz sind, festgeschrieben werden, sondern auch jeder Waffengebrauch durch Polizeibeamte hinterher schriftlich dokumentiert und nachvollziehbar gemacht werden. Außerdem spricht sich die Grüne Jugend Berlin für eine Abschaffung des Zustimmungsquorums bei Volksentscheiden aus.

Außerdem wurde ein neuer Landesvorstand gewählt: das Sprecher\*innen-Team bilden Charlotte Obermeier und Robin Völker. Dora Streibl ist erneut zur politischen Geschäftsführung gewählt worden und Freia Then erstmalig zur Schatzmeisterin. Die vier Beisitzer\*innen sind Leila Mawasse, Ruth Bayerl, Christoph Husemann und Patrick Grünhag. Das neue frauen- und genderpolitische Team bilden Ruth Bayerl und Eva Molau.

## Tempelhof-Schöneberg

## Fahrräder waschen für Europa

Eine Europa-Wahlkampfaktion mit praktischem Nutzen: Am Innsbrucker Platz warteten die Grünen von Tempelhof-Schöneberg mit einer Fahrradwasch-Anlage auf. Da wurden am 7. Mai 2014 nicht nur rund 60 Räder fachgerecht gereinigt, sondern auch noch gleichzeitig auf die Situation von RadfahrerInnen und FußgängerInnen am Platz aufmerksam gemacht. Mit dabei: Der Europakandidat und Verkehrsexperte Michael Cramer (MdEP) sowie der Bezirksverordnete Uli Hausschild, Mitglied im Verkehrsausschuss des Bezirksparlaments.

In nahezu jedem Gespräch wurde Besorgnis über die anhaltend hohe Unfallgefahr am Platz laut. Auf einem Beinaheunfall- und Gefahrensituationenplan haben viele Menschen ihre Erlebnisse am Platz eingetragen. Ein großes Hauptärgernis ist die nur ansatzweise vorhandene Fahrradspur auf der Hauptstraße in Richtung Wexstraße. Hier kommt es tagtäglich zu gefährlichen Situationen, in denen Radler von abbiegenden

Autos abgedrängt werden bzw. der Sicherheitsabstand nicht eingehalten wird. Auch für die Fußgänger bedeutet die grüne Ampel „Augen auf!“, denn regelmäßig werden sie von abbiegenden Autos beinahe angefahren und genötigt stehen zu bleiben.

Die bei dieser Aktion gesammelten Beinaheunfälle wurden inzwischen mit dem bezirklichen Fahrrad und dem ADFC ausgewertet. Nun wollen die Tempelhof-Schöneberger Grünen mit einer Unterschriftenaktion am Platz UnterstützerInnen finden und Punkte sammeln, die am Innsbrucker Platz unbedingt und vorrangig geändert werden sollten. Damit soll dann das Gespräch mit der Verkehrslenkung Berlin gesucht werden. Denn, so sagen die Grünen vor Ort, es ist mehr als fahrlässig, die für FußgängerInnen und RadfahrerInnen hohe Unfallgefahr am Platz weiterhin billigend in Kauf zu nehmen.



Foto: Annabelle Wolfssturm

## Pankow: Widerstand gegen braune Umtriebe

# Blumen gegen rechts



Im Europawahlkampf sahen wir uns im Pankower Norden mit einer bedrückend hohen Anzahl von Plakaten vom rechten Rand des Parteienspektrums konfrontiert. Dies ist leider nichts Neues. Etwa ab Pankow-Zentrum investieren NPD & Co. immer wieder erstaunliche Summen in Plakate mit rassistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut. In diesem Wahlkampf schreckte eine Gruppe gewaltbereiter Neonazis zudem nicht einmal vor physischen Auseinandersetzungen an den Ständen der SPD zurück. Dass in Buch beinahe sämtliche Plakate demokratischer Parteien abgerissen worden sind, spielt – angesichts dieser Eskalationsstufe – fast schon keine Rolle mehr.

Den rechten Umtrieben wollten wir uns kreativ und noch besser sichtbar als sonst entgegenstellen. AG-übergreifend haben wir im Kreisverband sowie mit Akteuren vor Ort wie dem Bucher Bürgerverein e.V. oder Campus Berlin-Buch zwei Motive entwickelt, die sich sowohl für die Plakatierung, als direkte Antwort auf die rechten Parolen an den Laternen, als auch für kleine Aufkleber eignen. Angelehnt an die Warnhinweise auf Zigarettenpackungen heißt es dort zum Beispiel: „Die Gute-Laune-Ministerin empfiehlt: BUNT statt BRAUN“.

Was mit den Aufklebern anzufangen ist, zeigten wir am Abend des 7. Mai gemeinsam mit der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Katrin Göring-

Eckardt und Andreas Otto, Mitglied des Abgeordnetenhauses. Einer eigens angefertigten Anleitung folgend bastelten beide ein Körbchen mit „Blumen gegen rechts“. Ein halbiertes Milchkarton, darauf ein Aufkleber, etwas Draht, ein bisschen Erde und eine kleine Blume ergeben zusammen ein buntes Zeichen gegen rechts und lassen das Berliner Stadtbild ergrünen.

Falls Euch die „Blumen gegen rechts“ in Pankow begegnen, gebt ihnen gern etwas Wasser. Falls Ihr die Aktion demnächst auch in Eurem KV einführen wollt, lasst es uns wissen.

Ein Nachtrag: Beim Abhängen zeigte sich, dass – erneut in Buch – gut zwei Drittel der aufgehängten Plakate unserer Aktion mit viel Liebe zum Detail (und Kraft, es handelte sich immerhin um unsere guten „Hartfaserpappen“) zerstört worden sind.

CORDELIA KOCH, PATRICK TELLIGMANN

## Studentisches Wohnen

# Schneller, sozialer und renditefrei!

Dass die Mieten in Berlin steigen, ist keine neue Erkenntnis. Auch davon betroffen: Studierende. Ein Viertel von ihnen lebt von weniger als 700 Euro im Monat.

Berlins Studierende wohnen zu etwa sechs Prozent in den Wohnheimen des Studentenwerks. Zum Vergleich: Bundesweit sind es durchschnittlich über zehn Prozent, Städte wie Köln, München oder Hamburg haben teilweise noch höhere Werte. Studentenwerke bieten bezahlbaren Wohnraum für Studierende an, egal, wie sich Mietspiegel oder Durchschnittsmieten entwickeln. Neuvermietung bedeutet hier nicht automatisch Mieterhöhung.

## Lichtenberg

# Solarer Sonnabend an der Bucht

Das ist die Energiepolitik der Großen Koalition: Der Anteil von Strom aus Kohle wächst, die Förderung beim Ausbau erneuerbarer Energie soll gedeckelt werden. Die Industrieprivilegien im Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG belasten Privathaushalte und nicht privilegierte Unternehmen mit Mehrkosten von rund sechs Milliarden Euro jährlich. Dagegen haben die Grünen in dem Eckpunktepapier „Energiewende 2020: faire Preise, mehr Erneuerbare, weniger Kohle“ ihre Vorstellung von der Energiewende auf den Punkt gebracht. Beim Solaren Sonnabend 2014 nehmen die Lichtenberger Grünen dieses zentrale Thema auf und bringen unter dem Zeichen der Sonnenblume Akteurinnen und Akteure aus dem grünen Umfeld zusammen.

Dazu stehen am 16. August zwischen 14 und 18 Uhr an der Rummelsburger Bucht nahe dem Bolleufer Unterhaltung, Spiel und Information auf dem

Programm. Mit dem beliebten Solarboot Chassalli unternehmen die Besucherinnen und Besucher eine lautlose und abgasfreie romantische Tour durch die Bucht, Kinder vergnügen sich auf der Hüpfburg, es gibt Informationen zur Nutzung regenerativer Energien im Bezirk und eine Podiumsdiskussion. Thema: „Kohle für die Energiewende – wer zahlt die Zeche?“. Außer Simone Peter, der Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, haben bereits ein Vertreter vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (bdew) sowie eine Wissenschaftlerin vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung mit einem einführenden Referat zugesagt. Moderiert wird das Ganze vom stellvertretenden Vorsitzenden der Grünen Bundestagsfraktion, Oliver Krischer.

Der Solar-DJ und die Green Igelz sorgen für akustische Untermalung, für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt.

MICHAEL GROSENICK

Liegenschaften des Landes für maximal 610 Wohnheimplätze im Gespräch. Baubeginn wird wohl erst im Jahr 2016 sein – ob es überhaupt auch nur einen weiteren Wohnheimplatz in dieser Legislaturperiode geben wird, bleibt fraglich.

## Viele hohle Phrasen von der SPD

Und nun sollen, so ein Senatsbeschluss, die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften studentischen Wohnraum bauen. Klingt toll – leider ist der Senat aber nicht bereit, sich darauf festzulegen, zu welchem Preis. „Sozialverträglich“ und „bezahlbar“ sind tolle

## Brücken und Autobahnen

# Die Infrastruktur zerbröselt



Foto: Kalle Erlacher

Wie gewaltig SPD und CDU die Infrastruktur vernachlässigt haben, zeigt die lange geheim gehaltene Liste der maroden Brücken in Berlin. 79 Brücken sind in Berlin akut sanierungsbedürftig. Bei der Hälfte der Bauwerke sind die Mängel so gravierend, dass sie komplett neu gebaut werden müssen. Dazu gehören die Salvador-Allende-Brücke, die Heinersdorfer Brücke, die Schulenburgbrücke und viele weitere.

Die Stadtautobahnen sind im Besonderen betroffen. So müssen die Rudolf-Wissell-Brücke und zuführende Brücken (A100/A111) wie auch die Brücke der A103 über die Albrechtstraße in Steglitz komplett neu gebaut werden. Viele der Brücken sind in einem schlechten bis ungenügenden Zustand, einige deshalb

sogar schon gesperrt. Es bestehen Verkehrseinschränkungen oder diese sind in Planung beziehungsweise beantragt. Gerade die gesperrten Brücken müssten dringend saniert werden, doch sie finden sich nur vereinzelt im Haushaltsplan wieder.

Der Senat kann nicht nachvollziehbar darstellen, warum welche Brücke im aktuellen oder vorangegangenen Haushaltsplan aufgeführt ist, ohne dass es Sanierungsfortschritte gegeben hat und obwohl die zur Verfügung stehenden Mittel zum Teil nicht ausgeschöpft worden sind. Eine Prioritätensetzung ist nicht erkennbar.

## Prestigeprojekte helfen nicht weiter

Teure Prestigeobjekte wie die A100-Verlängerung oder die Tangentialverbindung Ost helfen uns nicht weiter. Im Gegenteil: Sie binden nur Geld und Personal, das zur Erhaltung der vorhandenen Infrastruktur dringend gebraucht wird. Der Senat muss endlich handeln und Geld und Personal auf die Erhaltung konzentrieren, um weitere Brückensperrungen und damit zusätzliche Verkehrsprobleme und Schäden für die Berliner Wirtschaft zu vermeiden.

Die Brücken sind nur ein Beispiel für die Vernachlässigung der Berliner Infrastruktur: Straßen, Bürgersteige, Radwege, Schwimmbäder, Schulen und Sporthallen sind in einem erbärmlichen Zustand. Diese Investitionen in die Lebensadern unserer Stadt zu unterlassen, ist nichts anderes als grobe Fahrlässigkeit des rot-schwarzen Senats.

HARALD MORITZ, MDA  
SPRECHER FÜR VERKEHRSPOLITIK

ANJA SCHILLHANECK, MDA  
SPRECHERIN FÜR WISSENSCHAFT,  
FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

## Senatspläne sind nicht mehr zeitgemäß Alex ohne Vision



Foto: pio3/  
Shutterstock.com

Berlin-Alexanderplatz – ein ganz besonderer Ort. Alfred Döblin beschrieb ihn in seinem verfilmten Buch als einen lebendigen Platz. Bis heute ist der Alex ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Er ist Tourismusmagnet, Wohngebiet, Einkaufsmeile und Arbeitsplatz, ist eine politische Repräsentanz, Veranstaltungsort und ein Wahrzeichen Berlins. Unterm Strich ein Ort, den viele Menschen queren, an dem viele arbeiten, wohnen und auch verweilen. Ein Ort mit vielschichtiger Geschichte im Herzen Berlins.

### Masterplan neu überarbeiten

Seit 1993 besteht ein Masterplan des Architekten Kollhoff für die Bebauung des Alex. Bereits seit einem Jahr beschäftigt sich das Abgeordnetenhaus mit diesem veralteten Plan. Nach über 20 Jahren ist der Plan nicht mehr zeitgemäß. Gebäude, die heute noch stets genutzt werden, sollten zum Beispiel nach den Kollhoff-Plänen abgerissen werden. Wir als grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus fordern deshalb, den 20 Jahre alten Masterplan vollständig zu überarbeiten. Er ließe sich nur aus einem Guss realisieren. Eine Flickschusterei an den Plänen, wie zurzeit vom Senat geplant, funktioniert nicht.

Was der Alex braucht, ist ein Gesamtkonzept, das auch eine bessere Aufenthaltsqualität schafft: Dafür sollte der Verkehr reduziert werden, der Wohnungsanteil hingegen auf 30 Prozent steigen. Zudem müssen dort auch Wohnungen entstehen, die für alle bezahlbar sind. Auch brauchen wir mehr Grünflächen und ein durchdachtes Beleuchtungskonzept. Wir wollen, dass der Alex ein Ort wird, an dem sich Menschen gerne aufhalten. Zurzeit ist der Platz zwar sehr belebt, aber Wohlfühl-Atmosphäre sucht man vergeblich. Das kann der Alex besser.

### BürgerInnen beteiligen

Eine Diskussion mit AnwohnerInnen, aber auch der gesamten Stadtbevölkerung ist dringend notwendig. Nach der Niederlage für den Senat beim Volksentscheid über das Tempelhofer Feld sollte doch endlich klar sein, dass die Berlinerinnen und Berliner mehr Beteiligung bei Bauprojekten fordern. Die Zeit ist überreif für einen endgültigen Abschied von den veralteten Kollhoff-Plänen und für eine gemeinsame, zeitgemäße Debatte ganz Berlins für unseren Alex.

ANTJE KAPEK, MDA

FRAKTIONSVORSITZENDE UND STADTENTWICKLUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN

## Was beim Stromnetz gut wäre, ist beim Gasnetz falsch Lasst der Gasag das Gasnetz!



Das Berliner Stromnetz wollen wir Grüne Vattenfall abnehmen und in Bürgerhand geben. Beim Gasnetz haben wir uns gegen eine Rekommunalisierung ausgesprochen. Warum eigentlich?

### Der Gasverbrauch wird sinken

Ans Stromnetz ist jeder angeschlossen. Das Gasnetz dagegen steht bei der Wärmeversorgung im Wettbewerb zur Fernwärme, heute noch zu Öl und künftig zu Null-Energiehäusern, zu Wärmepumpen oder Heizanlagen, die mit erneuerbarem Strom betrieben werden. Es könnte durch die Energiewende an Bedeutung verlieren. In einem klimaneutralen Berlin werden statt heute 35 Prozent nur noch 12 Prozent der Berliner Haushalte übers Gasnetz mit Wärme versorgt, sagt eine jüngst veröffentlichte Studie des Berliner Senats. Und auch der Gasverbrauch pro Haushalt würde deutlich sinken.

Rahmenbedingungen für eine wirtschaftspolitisch geschickte und sozial verträgliche Energiewende setzen, das ist staatliche Kernaufgabe. Würde das Land das Gasnetz im Sinne der Steuerzahler betreiben, gäbe es Zielkonflikte: Klimapolitisch ist der Ausbau der Fernwärme richtig und notwendig; dem Gasnetzbetreiber würde das

schaden. Die SPD argumentiert jedoch nicht energie- oder klimapolitisch. Sie behauptet, im Gasnetzgeschäft seien kräftige Renditen zu erwirtschaften. Warum aber will trotz europaweiter Ausschreibung nicht ein Privatunternehmen der Gasag das Gasnetz abnehmen?

### Gasag braucht das Netz

Die Gasag hatte keine Wahl, denn das Netz macht die Hälfte ihrer Ertragskraft aus. Ohne Netz bleibt nicht viel von der Gasag. Das mutige Vorhaben, sich von einem kleineren Gashändler zu einem Energiedienstleister zu entwickeln, kann ihr jedenfalls nur mit dem Netz gelingen. Auch mit dem Netz braucht es dafür ein unternehmerisches Meisterstück, für das ein Wowereit im Aufsichtsrat nicht hilfreich wäre.

Während der Senat beim Stadtwerk kleckert (es soll im Wesentlichen acht Windräder bauen) will er beim Gasnetz klotzen: eine Milliarde Schattenverschuldung. Wir Grüne wollen dieses klimapolitisch bestenfalls sinnlose Vorhaben stoppen. Stattdessen wollen wir, dass Berlin mit einem starken Stadtwerk in Energieeinsparung und erneuerbare Energien investiert.

MICHAEL SCHÄFER, MDA  
SPRECHER FÜR ENERGIEPOLITIK

## Große Koalition stiehlt sich aus der Verantwortung Für gentechnikfreie Nahrung



Foto: Bündnis90/  
Die Grünen

Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland sagen „Ja“ zu gentechnikfreien Lebensmitteln. Die Menschen wollen keine Gentechnik – weder auf dem Teller noch auf dem Feld. Und was tut die Bundeskanzlerin? Durch ihre Enthaltung hat sie mit dazu beigetragen, dass die notwendige Mehrheit gegen die Zulassung vom Gen-Mais TC 1507 nicht erreicht wurde.

### Felder werden kontaminiert

Wir müssen also damit rechnen, dass 2015 in Deutschland ein Genmais ausgesät werden wird, der ein starkes Pflanzengift enthält – mit fatalen Folgen für die Umwelt, Menschen und auch für die Bienen. Und für die LandwirtInnen, die 100-Prozent-gentechnikfrei wirtschaften wollen und deren Felder kontaminiert werden. Berichte über die Verunreinigung verschiedener Sensorten mit Gen-Raps zeigen, wie akut dieses Problem ist.

Wir haben den Senat aufgefordert, sich im Bundesrat für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft einzusetzen und die Handlungsmöglichkeiten der Länder zu stärken. Mitte April hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten den Anbau einer EU-weit zugelassenen Kulturpflanze

mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf ihrem Hoheitsgebiet verbieten können.

### Doppelzüngiges aus Bayern

Bemerkenswert dabei ist, dass die bayerische Staatsregierung einen eigenen Antrag gestellt hat und Staatsminister Huber erklärte, man wolle sich den Genmais von der EU „nicht aufzwingen lassen“. Dabei ist doch die von der CSU mitgetragene Bundesregierung mitverantwortlich dafür, dass erstmals seit 16 Jahren ein Zulassungsantrag wieder Erfolg hatte. Aber so läuft das: Während man in Brüssel dem Druck der Agrar-Lobby nachgibt, beschwert man sich in Berlin über das Diktat aus Brüssel.

Wir sind gespannt, wie sich die Große Koalition im Bundestag zum Antrag unserer Fraktion verhält, die Gentechnikfreiheit im Pflanzenbau dauerhaft zu sichern. Bei der Abstimmung über die grüne Forderung zur Kennzeichnung von Gen-Honig im März hatte die Große Koalition fast geschlossen gegen Wahlfreiheit und für Verbrauchertäuschung gestimmt – und ihren eigenen Koalitionsvertrag damit Lügen gestraft.

TURGUT ALTUG, MDA  
SPRECHER FÜR NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ  
ALEXANDER KLOSE

# Lokale Ansprechpartner

**Reinickendorf**  
Brunowstr. 49, 13507 Berlin  
Tel.: 80926899 – Fax: 902942191  
kreisverband@gruene-reinickendorf.de  
www.gruene-reinickendorf.de

**Pankow**  
Pappelallee 82, 10437 Berlin  
Tel.: 50180339  
buero@gruene-pankow.de  
www.gruene-pankow.de

**Landesgeschäftsstelle**  
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99  
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00  
info@gruene-berlin.de  
www.gruene-berlin.de

**Mitte**  
Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin  
Tel.: 54468299  
mitte@gruene-berlin.de  
www.gruene-mitte.de

**Spandau**  
Jagowstr. 15, 13585 Berlin  
Tel.: 3359714 – Fax: 3360273  
alspandau@freenet.de  
www.alspandau.de

**Charlottenburg-Wilmersdorf**  
Wilmsdorfer Str. 60/61  
10627 Berlin  
Tel.: 86423300 – Fax: 31808128  
kv@gruene-cw.de  
www.gruene-cw.de

**Steglitz-Zehlendorf**  
Berliner Str. 57, 14169 Berlin  
Tel.: 85074153 – Fax: 85074154  
kreisverband@gruene-suedwest.de  
www.gruene-suedwest.de

**Tempelhof-Schöneberg**  
Fritz-Reuter-Str. 1  
10827 Berlin  
Tel.: 53604146  
kiezbuero@gruene-ts.de  
www.gruene-ts.de

**Neukölln**  
Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin  
Tel.: 67120812 – Fax: 67120811  
info@gruene-neukoelln.de  
www.gruene-neukoelln.de

**Lichtenberg**  
Rudolf-Reusch-Str. 16, 10367 Berlin  
Tel.: 32534239 – Fax: 40036820  
buero@gruene-lichtenberg.de  
www.gruene-lichtenberg.de

**Marzahn-Hellersdorf**  
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin  
Tel.: 5414019 – Fax: 70248895  
info@gruenemarzahnellersdorf.de  
www.gruenemarzahnellersdorf.de

**Friedrichshain-Kreuzberg**  
Dresdener Str. 10, 10999 Berlin  
Tel.: 6143146 – Fax: 6143142  
info@gruene-xhain.de  
www.gruene-xhain.de

**Treptow-Köpenick**  
Schnellerstr. 23, 12439 Berlin  
Tel.: 65494230  
treptow-koepenick@gruene-berlin.de  
www.gruene-treptow-koepenick.de

## Nicht schön, aber nützlich Grünes Glossar

AG	Arbeitsgemeinschaft	BuVo	Bundesvorstand	LFR	Landesfinanzrat	MdEP	Mitglied des Europaparlaments
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft	FR	Finanzrat		= Gremium der Kreisschatzmeister	MdL	Mitglied des Landtags (Flächenland)
BDK	Bundesdelegiertenkonferenz	GJ	Grüne Jugend	LGS	Landesgeschäftsstelle	MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
	= Bundesparteitag	HBS	Heinrich-Böll-Stiftung	LA	Landesausschuss	MV	Mitgliederversammlung
BFR	Bundesfinanzrat	KGS	Kreisgeschäftsstelle	LR	= kleiner Parteitag auf Landesebene	OV	Ortsverband
	= Gremium der Landesschatzmeister	KV	Kreisverband				
BGS	Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)	LAG	Landesarbeitsgemeinschaft				
		LaVo	Landesvorstand				
BI	Bürgerinitiative	LDK	Landesdelegiertenkonferenz	LV	Landesverband		
BTW	Bundestagswahl alle vier Jahre		= Landesparteitag	MdB	Mitglied des Bundestages		

# Inhaltliche Ansprechpartner

**Bildung**  
14täglich mittwochs um 19:30 im AH  
Stefanie Remlinger, Torsten Wischniewski  
stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de  
torsten.wischniewski@gruene-pankow.de

**Bio- und Gentechnik**  
jeden 2. Montag im Monat um 19:30 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10  
Joachim Eul, Eric Meyer  
joachim.eul@snafu.de  
eric\_meyer\_m.sc@hotmail.de

**Bündnisgrüne ChristInnen**  
jeden 3. Donnerstag im Monat um 19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im AH  
Alexander Barthel  
lag.christinnen@gruene-berlin.de

**Demokratische Rechte**  
14täglich montags um 19:30 im AH  
Axel Bussmer  
demrecht@gruene-berlin.de

**Drogenpolitik**  
jeden 2. Dienstag im Monat um 20:00 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10, Tibor Harrach  
lagdrogenBerlin@aol.de

**Energie Brandenburg Berlin**  
jeden 4. Mittwoch im Monat um 18:30, Ort bitte erfragen  
Marion Hasper  
marion.hasper@gruene-berlin.de

**Europa Berlin Brandenburg**  
14täglich mittwochs um 19:00 im AH  
Sibylle Steffan, Christian Beck  
lag-europa@gruene-berlin.de

**Frauen- & Geschlechterpolitik**  
jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS  
Friederike Schwebler, Stefanie Klank  
lag.frauen@gruene-berlin.de

**Frieden & Internationales**  
monatlich montags, 19:00, LGS  
Nina Wienkoop, Martin Wilk  
nina.wienkoop@gruene-berlin.de  
martin.wilk@gruene-berlin.de

**Gesundheit & Soziales**  
Termine bitte erfragen, jeweils von 19:00 bis 21:00 im AH  
Wolfgang Schmidt  
wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de

**Grüne Jugend Berlin**  
jeden Montag ab 19:00 in der Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain  
Kati Bachnik, Robin Völker  
info@gruene-jugend-berlin.de  
www.gj-berlin.de

**Kultur**  
jeden 3. Mittwoch im Monat und in unregelmäßigen Abständen „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.  
Antonia Simon, Notker Schweikhardt  
notker.schweikhardt@gruene-berlin.de  
antoniasimon@gmx.de

**Medien**  
einmal im Monat montags um 19:30 im AH, Termin bitte erfragen  
Uta Belkies, Matthias Tang  
matthias.tang@gruene-berlin.de  
uta.belkies@gruene-berlin.de

**Migration**  
jeden letzten Mittwoch im Monat im AH  
Filiz Keküllüoğlu, Timon Perabo, Melanie Zagrean, Rohat Geran  
migration@gruene-berlin.de

**Mobilität**  
jeden 1. Mittwoch im Monat, Ort und Termin bitte erfragen  
Theresa Theune, Martin Kasztantowicz  
lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

**Netzpolitik**  
1. oder 2. Donnerstag im Monat, Ort und Termin siehe Website  
Nina Keim, Tobias Schwarz  
netzpolitik@gruene-berlin.de

**QueerGrün**  
an jedem letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1  
Maria Meisterernst, Ulli Reichardt  
queer@gruene-berlin.de

**Umwelt**  
jeden 3. Montag im Monat, 19:00 im AH  
Marion Hasper, Sibylle Centgraf  
marion.hasper@gruene-berlin.de  
sibylle.centgraf@gruene-berlin.de

**Wirtschaft & Finanzen**  
14täglich donnerstags, 19:00 in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1  
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch  
lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

**Wissenschaft**  
jeden 1. Mittwoch im Monat, 18:30 im AH  
Eva Marie Plonske, Michael Greiner  
evamarie.plonske@gruene-fraktion-berlin.de  
michael.greiner@gruene-berlin.de

**AG Aktiv gegen Rechts**  
jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:30, Ort bitte erfragen  
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch  
carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de  
daniel.gollasch@gruene-berlin.de

**Gewerkschaftsgrün**  
jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00  
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9  
Angelika Höhne  
info@gewerkschaftsgruen-berlin.de

**AK Grundsicherung/Grundeinkommen**  
jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:00 im AH  
Joachim Behncke  
ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

**AG Tierschutzpolitik**  
alle 2 Monate am letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im AH  
Christina Soehner  
christina.soehner@gmx.de

**AG Planen, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**  
i.d. Regel am letzten Freitag im Monat um 18:00 im AH  
Julia Gerometta, Martin Reents  
lag-bauen@gruene-berlin.de

**AG Urheberrecht**  
monatlich, siehe Website  
Notker Schweikhardt (LAG Kultur)  
notker.schweikhardt@gruene-berlin.de  
Tobias Schwarz (LAG Netzpolitik)  
tob.schwarz@gmail.com

**AG Verbraucherschutz**  
Ort und Zeit bitte erfragen  
Turgut Altug  
turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

AH: Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin  
LGS: Landesgeschäftsstelle Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin

# Termine

- 19.07. – 14:00 Uhr  
**Mauerstreifzüge 2014**  
Sechste Etappe:  
Bahnhof Hennigsdorf – S-Bahnhof Hermsdorf
- 02.08. – 14:00 Uhr  
**Mauerstreifzüge 2014**  
Siebte Etappe:  
S-Bahnhof Hermsdorf – S-Bahnhof Wollankstraße
- 12.08. – 19:00 Uhr  
**Mitgliederversammlung Treptow-Köpenick**
- 16.08. – 14:00 Uhr  
**Mauerstreifzüge 2014**  
Achte Etappe:  
S-Bahnhof Wollankstraße – Potsdamer Platz
- 18.08. – 19:00 Uhr  
**Treffen der LAG Umwelt**
- 23.08.  
**Internationale Anti-Kohle-Kette**  
Kerkwitz, Lausitz
- 31.08. – 10:00 Uhr  
**Sonntagsspaziergang durch Friedrichshagen**
- 03.09. – 18:30 Uhr  
**Sitzung der Abteilung Wissenschaft**
- 04.09. – 19:30 Uhr  
**Landesvorstandssitzung (LaVo)**
- 10.09. – 19:30 Uhr  
**Sitzung des Landes-ausschusses (LA)**
- 15.09. – 19:00 Uhr  
**Treffen der LAG Umwelt**